

Inhaltsverzeichnis

1 Das Flurbereinigungsverfahren Belziger Landschaftswiesen.....	4
1.1 Rechtsgrundlagen und Gründe.....	4
1.2 Ziele des Flurbereinigungsverfahrens.....	5
1.3 Geographische und politische Lage.....	6
Teil A - Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes.....	7
2 Planungen der Teilnehmergemeinschaft.....	8
2.1 Eigentums- und Grundstücksverhältnisse.....	8
2.2 Landwirtschaft.....	9
2.3 Forstwirtschaft.....	9
2.4 Jagd.....	10
2.5 Fischerei.....	10
2.6 Straßen- und Wegenetz.....	10
2.7 Kreuzungsbauwerke.....	20
2.8 Gewässernetz.....	22
2.9 Natur und Landschaft.....	22
3 Ergebnisse der umweltrechtlichen Prüfungen und Fachgutachten.....	26
3.1 Prüfung der Pflicht einer SPA / FFH-Verträglichkeitsprüfung.....	26
3.2 Eingriffsregelung.....	26
3.3 Prüfung der Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung.....	26
3.4 Besonderer Artenschutz.....	26
3.5 Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).....	26
3.6 Klimaschutz.....	27
4 Übersicht der feststellungsbezogenen Anlagen.....	28
4.1 Straßen und Wege.....	28
4.2 Wasserbauliche Anlagen.....	28
4.3 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.....	28
5 Finanzierungsmöglichkeiten.....	29
Teil B - Analyse des Flurbereinigungsgebietes.....	30
6 Allgemeine Planungsgrundlagen.....	31
6.1 Räumliche Gesamtplanung.....	31
6.2 Landschaftsplanung.....	33

6.3 Weitere relevante Fachplanungen sowie Planungen und Belange Dritter.....	38
7 Schutzgebiete / geschützte Objekte.....	44
7.1 Europäische Schutzgebiete.....	44
7.2 Schutzgebiete gemäß Bundesnaturschutzgesetz.....	45
7.3 Objekte nach Brandenburgischem Denkmalschutzgesetz.....	47
7.4 Objekte nach dem Brandenburgischem Wassergesetz.....	47
8 Bestandsaufnahme und Bewertung.....	48
8.1 Landwirtschaft.....	48
8.2 Forstwirtschaft.....	51
8.3 Jagd.....	51
8.4 Fischerei.....	51
8.5 Straßen- und Wegenetz.....	51
8.6 Kreuzungsbauwerke.....	53
8.7 Gewässernetz und Wasserbauliche Anlagen.....	53
8.8 Natur und Landschaft.....	56
9 Defizite und Konflikte.....	61
9.1 Eigentums- und Grundstücksverhältnisse.....	61
9.2 Landwirtschaft.....	62
9.3 Forstwirtschaft.....	63
9.4 Jagd.....	63
9.5 Fischerei.....	63
9.6 Straßen- und Wegenetz.....	63
9.7 Kreuzungsbauwerke.....	64
9.8 Gewässer und wasserbauliche Anlagen.....	64
9.9 Natur und Landschaft.....	65
10 Quellenverzeichnis.....	66
10.1 Rechtliche Grundlagen.....	66
10.2 Literaturverzeichnis / Stellungnahmen/ Abstimmungen.....	67
Teil C - Anlagen.....	69
Anlage 1: Schutzgebiete- Schutzzwecke, Ziele, Maßnahmen und Verbote.....	70

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage des Verfahrensgebietes.....	6
Abbildung 2: Umgang mit Landverzichtserklärungen.....	9
Abbildung 3: Wegabschnitt 138/1.....	13
Abbildung 4: Wegabschnitt 138/2.....	14
Abbildung 5: Wegabschnitt 138/3.....	15
Abbildung 6: Wegabschnitt 167/1.....	16
Abbildung 7: Wegabschnitt 167/2.....	17
Abbildung 8: Wegabschnitt 167/3.....	18
Abbildung 9: Wegabschnitt 167/4.....	19
Abbildung 10: Maßnahme 1000 -Umwandlung von Acker in Grünland.....	24
Abbildung 11: Übersicht Radwegerouten (Geoportal Landkreis Potsdam-Mittelmark 2025).....	43
Abbildung 12: Übersicht Natura-2000-Gebiete (GeoBox Viewer 2025).....	45
Abbildung 13: Übersicht NSG, LSG, Naturpark (GeoBox Viewer 2025).....	46
Abbildung 14: prozentuale Anteile von befestigten und unbefestigten Wegen.....	52
Abbildung 15: Zustand der Wege.....	52
Abbildung 16: Übersicht Fließgewässer (GeoBox Viewer 2025).....	54
Abbildung 17: Nutzungsarten nach ATKIS Basis-DLM und vlf (2022).....	59

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gemeinden und Gemarkungen im Verfahrensgebiet.....	6
Tabelle 2: Straßen und Wege.....	28
Tabelle 3: Wasserbauliche Anlagen.....	28
Tabelle 4: Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.....	28
Tabelle 5: Ablagerungen und Altstandorte.....	38
Tabelle 6: Verteilung des Flächeneigentums im Verfahrensgebiet (Grafikfläche).....	48
Tabelle 7: Verteilung des Privateigentums im Verfahrensgebiet.....	49
Tabelle 8: Bewirtschafter im Verfahrensgebiet (INVEKOS-Daten, 2021).....	50
Tabelle 9: Wegenetz nach ATKIS Basis-DLM (AdV 2008) und eigener Quellen (vlf 2014).....	52
Tabelle 10: ökologische Zustand bzw. Potenzial (LFU Wasserwirtschaft 2024).....	54

1 Das Flurbereinigungsverfahren Belziger Landschaftswiesen

1.1 Rechtsgrundlagen und Gründe

Das Flurbereinigungsverfahren Belziger Landschaftswiesen wurde am 24.04.2014 auf Grundlage des § 86 Abs. 1-3 FlurbG in Verbindung mit den Bestimmungen des BbgLEG vom Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (Dienststz Groß Glienicke) angeordnet.

Die Eigentümer der im Flurbereinigungsverfahren gelegenen Grundstücke und die den Eigentümern gleichstehenden Erbbauberechtigten bilden die Teilnehmergemeinschaft nach § 16 FlurbG.

Die Notwendigkeit der Flurbereinigung ergibt sich aus den vorhandenen Erschließungsdefiziten, den erheblichen Differenzen zwischen den Bewirtschaftungs-, Pacht-, Infrastruktur und den Eigentumsverhältnissen. Diese Nutzungskonflikte resultieren unter anderem aus den in den siebziger und achtziger Jahren durchgeführten Meliorationsmaßnahmen sowie Wegeausbauten über privatem Grund und Boden. Die daraus hervorgegangene Zerschneidung bzw. Zersplitterung der Eigentumsflächen hat unrentable Bewirtschaftungsverhältnisse zur Folge.

Darüber hinaus sollen unter Berücksichtigung der naturschutzfachlichen und der landwirtschaftlichen Aspekte über die Flurbereinigung die Eigentumsverhältnisse für Maßnahmen des Natur –und Trappenschutzes geregelt werden.

Im Jahr 2019/20 wurde eine Machbarkeitsstudie im Auftrag des Landesamtes für Umwelt erarbeitet. Ziel dieser Machbarkeitsstudie ist es, Maßnahmenvorschläge für eine Gewässerentwicklung nach der Wasserrahmenrichtlinie sowie für den Moorschutz zu erarbeiten. Durch diese Maßnahmenvorschläge kommt es innerhalb des Flurbereinigungsgebietes zu verstärkten Landnutzungskonflikten bezogen auf Landwirtschaft, Großtrappenschutz, Gewässerentwicklung und Moorschutz. Die verschiedenen Zielvorstellungen haben Auswirkungen auf die vorhandene Struktur des Gebietes. Laut der Stellungnahme des LfU (08/2024) wird von den über 3.500 ha landwirtschaftlichen Flächen ca. 80 ha für die Gewässerentwicklungskorridore benötigt. Der Moorschutz ist die Grundlage für die zukünftige landwirtschaftliche Nutzbarkeit. Die Einschränkung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung wird durch die organischen Böden bestimmt.

Um den Zielen der Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes gerecht zu werden, ist neben der eigentumsrechtlichen Neueinteilung der Feldmark der Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan gemäß § 41 FlurbG aufzustellen.

Erste Abstimmungen mit den Trägern öffentlicher Belange fanden im Jahr 2017 und 2024 im Rahmen der Neugestaltungsgrundsätze statt.

1.2 Ziele des Flurbereinigungsverfahrens

§ 37 des Flurbereinigungsgesetzes enthält den Auftrag zur Gestaltung des Flurbereinigungsgebietes und bildet somit den Handlungsrahmen der Flurbereinigung. Dabei ist das Flurbereinigungsgebiet unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur so zu gestalten, wie es den gegeneinander abzuwägenden Interessen der Beteiligten sowie den Interessen der allgemeinen Landeskultur und Landentwicklung entspricht und wie es das Wohl der Allgemeinheit erfordert. Die Feldmark ist neu einzuteilen und zersplitterter oder unwirtschaftlich geformter Grundbesitz nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenzulegen und nach Lage, Form und Größe zweckmäßig zu gestalten. Wege, Straßen, Gewässer und andere gemeinschaftliche Anlagen sind zu schaffen, bodenschützende sowie -verbessernde und landschaftsgestaltende Maßnahmen vorzunehmen und alle sonstigen Maßnahmen zu treffen, durch welche die Grundlagen der Wirtschaftsbetriebe verbessert, der Arbeitsaufwand vermindert und die Bewirtschaftung erleichtert werden.

Die genannten Ziele im Anordnungsbeschluss zum Flurbereinigungsverfahren (LELF 2014) werden hier sinngemäß wiedergegeben:

- Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes unter Berücksichtigung des Eigentums sowie der Pacht-, Infrastruktur- und Bewirtschaftungsverhältnisse,
- Zusammenlegung von zersplitterten und missgeformten Grundbesitz und Schaffung arrondierter Bewirtschaftungseinheiten mit Reduzierung der Nutzungstauschverhältnisse,
- Lösen von Konflikten die durch unterschiedliche Nutzungsansprüche entstanden sind,
- Wiederherstellung der Einheit von natürlichen und topographischen Grenzen mit den Eigentums-
grenzen an Wegen und Gewässern verbunden mit einer Neuordnung des Eigentums,
- Anpassung der Flurstücksgrenzen an die vorhandenen Bewirtschaftungsgrenzen,
- Ausweisung von befestigten und grünen Wegen zur Erschließung des ländlichen Grundbesitzes,
- Regelung der Eigentumsverhältnisse unter Berücksichtigung landwirtschaftlicher und naturschutz-
fachlicher (Natur- und Großtrappenschutz) Aspekte.

1.3 Geographische und politische Lage

Das Verfahrensgebiet liegt im Westen des Landes Brandenburg im Landkreis Potsdam- Mittelmark und befindet sich nordöstlich der Stadt Bad Belzig.

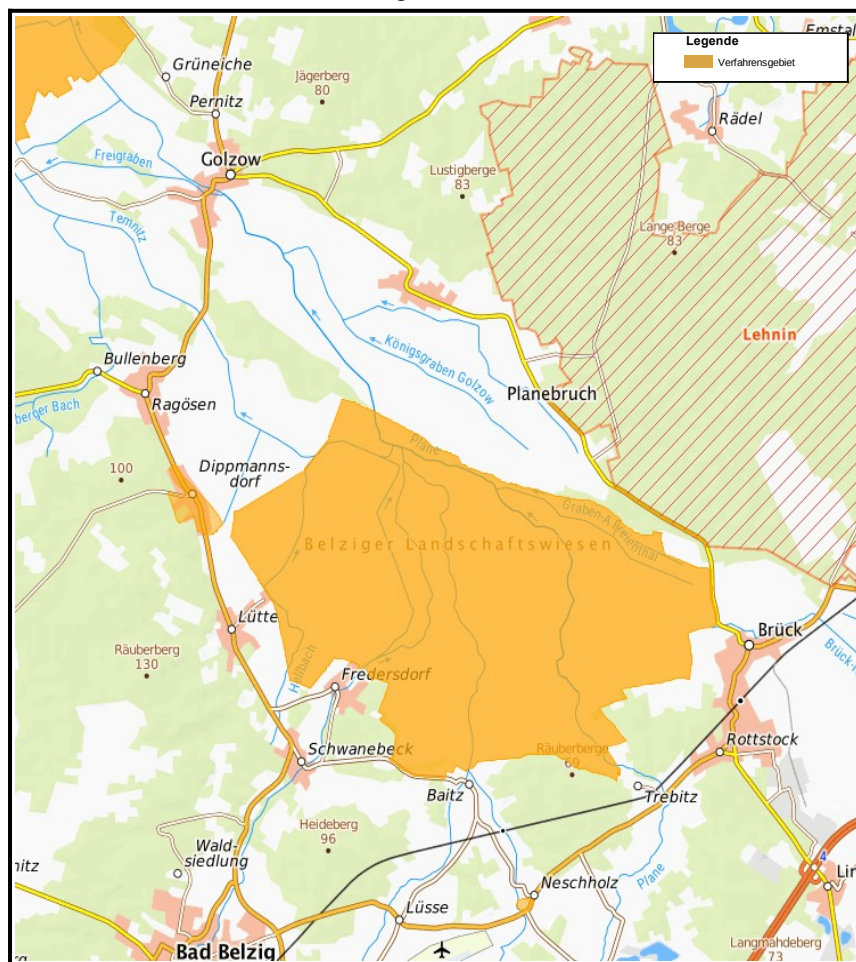


Abbildung 1: Lage des Verfahrensgebietes

Die Auswertung der Angaben des Liegenschaftskatasters ergibt für das Verfahrensgebiet eine graphisch ermittelte Größe von 4.294 ha. Das Verfahrensgebiet gehört zur Stadt Bad Belzig und zu den Gemeinden Brück und Planebruch und umfasst Flächen folgender Gemarkungen und Flure:

Tabelle 1: Gemeinden und Gemarkungen im Verfahrensgebiet

Stadt / Gemeinde	Gemarkung
Stadt Bad Belzig	Dippmannsdorf
	Lütte
	Fredersdorf
	Neschoholz
	Schwanebeck
Stadt Brück	Baitz
	Trebitz
	Brück
Gemeinde Planebruch	Cammer
	Freienthal

TEIL A

NEUGESTALTUNG DES FLURBEREINIGUNGSGBIETES

2 Planungen der Teilnehmergemeinschaft

Die Teilnehmergemeinschaft stellt im Benehmen mit den Trägern öffentlicher Belange den Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan auf. Dabei sind die Ergebnisse der Kapitel aus Teil B – der Analyse des Flurbereinigungsgebietes - zu berücksichtigen.

Die nachfolgenden Kapitel stellen Maßnahmen dar, die zur Lösung der sich aus dem Bestand ergebenden Nutzungskonflikte, unter Berücksichtigung der planungsrelevanten Rahmenbedingungen, beitragen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Flurbereinigung allein nicht alle dargelegten Konflikte lösen, aber bei der Lösung unterstützend wirken kann.

In mehreren Vorstandssitzungen und Abstimmungen mit den Gemeinden, dem Landesamt für Umwelt, den Landwirten und einzelnen Teilnehmern fand eine umfassende Abwägung der Interessen aller Teilnehmer unter Berücksichtigung agrarstruktureller Belange und im Hinblick auf die finanzielle Belastbarkeit der Teilnehmer statt.

2.1 Eigentums- und Grundstücksverhältnisse

Das Flurbereinigungsverfahren dient der

- Wiederherstellung der Einheit von natürlichen und topographischen Grenzen mit den Eigentums-
grenzen an Wegen und Gewässern verbunden mit einer Neuordnung des Eigentums,
- Anpassung der Flurstücksgrenzen an die vorhandenen Bewirtschaftungsgrenzen,
- Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes unter Berücksichtigung des Eigentums sowie der Pacht-,
Infrastruktur- und Bewirtschaftungsverhältnisse,
- Zusammenlegung von zersplitterten und missgeformten Grundbesitz und Schaffung arrondierter Be-
wirtschaftungseinheiten mit Reduzierung der Nutzungstauschverhältnisse,
- Überführung der Wege und Kreuzungs-/ Staubauwerke in öffentliches Eigentum zur Sicherstellung
einer dauerhaften Erschließung durch eine eventuelle spätere notwendige Reparatur / Sanierung
oder Ersatzneubau,
- Regelung der Eigentumsverhältnisse unter Berücksichtigung landwirtschaftlicher und naturschutz-
fachlicher Aspekte (Großtrappenschutz sowie Moorschutz und Gewässerentwicklung),
- Tausch der Eigentumsflächen des Landes Brandenburg und des Fördervereins Großtrappenschutz
e.V. in die Kernzone (Zone 1) des Naturschutzgebietes und in die Gewässerentwicklungskorridore
sowie Tausch der privaten Eigentumsflächen vorwiegend in die Bereiche mit geringem Konfliktpo-
tential hinsichtlich der Naturschutzziele

Eine Konkretisierung für die Lage der neuen Eigentumsflächen wird im Rahmen der Planwunschsge-
spräche erfolgen und anschließend wird die Zuteilung mit den jeweiligen Eigentümern abgestimmt.

- Gezielter Umgang mit Landverzichtserklärungen (Abb. 2 ist als schematische Darstellung des Kon-
zeptes zu verstehen.)
 - Bereich A: Landverzicht nur zu Gunsten des Landes Brandenburg,
 - Bereich B: Möglichkeit zur Abgabe eines Angebotes durch das Land Brandenburg,
 - Bereich C: Verzichtender entscheidet ob Landanspruch oder Geldabfindung,
 - Bereich D: Entwicklungskorridor

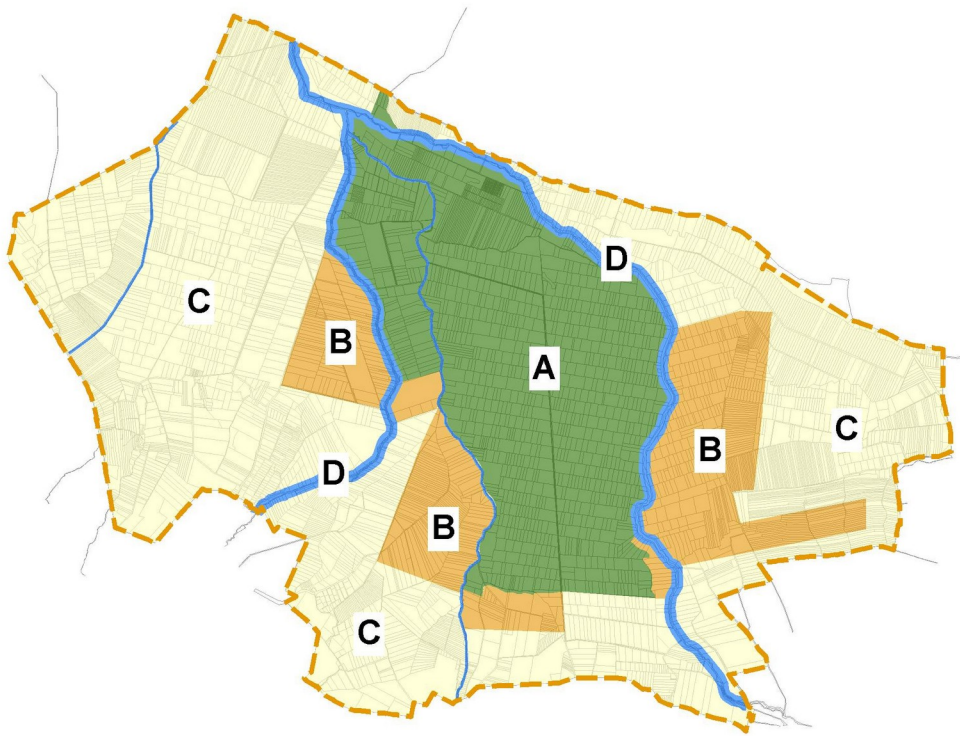


Abbildung 2: Umgang mit Landverzichtserklärungen (schematische Darstellung des Konzeptes)

2.2 Landwirtschaft

Die Neugestaltung der landwirtschaftlichen Flächen im Verfahrensgebiet dient der

- Gewährleistung der landwirtschaftlichen Nutzung; mehrheitlich Ackernutzung auf den mineralischen Böden, Grünlandnutzung auf den organischen Böden (Moorböden und Moorfolgeböden),
- Anpassung der Flurstücksgrenzen an die vorhandenen Bewirtschaftungsgrenzen,
- Schaffung einer wechselseitigen Wasserregulierung auf Basis wasserrechtlich definierter Minimal- und Maximalstauziele sowie der Staubeidienung durch den Stauwart des Wasser- und Bodenverbandes „Plane-Buckau“ (WBV) unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines Staubeirates (nicht Bestandteil des FBV),
- Festlegung der Stauziele mit Beteiligung der Bewirtschafter und Flächeneigentümer (nicht Bestandteil des FBV).

2.3 Forstwirtschaft

Die Neugestaltung der Forstwirtschaft bildet weder im Rahmen des Wege- und Gewässerplanes noch des Bodenordnungsplanes einen Schwerpunkt. Auf den wenigen vorhandenen Waldflächen werden voraussichtlich bis auf Nutzungsartenanpassungen keine wesentlichen Änderungen der Grundstücksgrenzen erfolgen. Eine Arrondierung von Waldflächen wird nur unter der Voraussetzung tauschwilliger Flächeneigentümer durchgeführt.

2.4 Jagd

Bei der Neuzuteilung wird auf die bestehenden gemeinschaftlichen Jagdbezirke und Eigenjagdbezirke Rücksicht genommen, so dass die Bezirke an sich erhalten bleiben.

2.5 Fischerei

Sollten Änderungen an den Gewässerflurstücken vorgenommen werden, werden die Inhaber der Fischereirechte darüber informiert. An den Fischereirechten selbst werden keine Änderungen vorgenommen.

2.6 Straßen- und Wegenetz

Das Gebiet ist geprägt durch große landwirtschaftlich genutzte Flächen, welche in einem weitmaschigen Netz an landwirtschaftlichen Wegen ohne eine Widmung für den öffentlichen Straßenverkehr liegen. Die Wege weisen einen zum Teil schlechten Zustand auf, bzw. es ist anhand der bereits vorhandenen Fahrbahnschäden in den nächsten Jahren mit einer erheblichen Verschlechterung des Zustandes zu rechnen. Um die Wirtschaftsbedingungen und die Erreichbarkeit der Flächen zu verbessern bzw. zu erhalten, ist der Ausbau einiger landwirtschaftlicher Wege erforderlich.

Die gesicherte Erschließung durch das Wegenetz und Dienstbarkeiten soll im Flurbereinigungsplan (§ 58 FlurbG) geregelt werden.

Für die Wege, welche im Flurbereinigungsverfahren ausgebaut werden sollen, erfolgt die rechtliche Regelung falls erforderlich zum Wege- und Gewässerplan (siehe Teil 6 Verzeichnis der feststellungsbezogenen Anlagen).

Erschließungsflurstücke, alternativ die Begründung von dinglich gesicherten Wegerechten, ergänzen das Netz an gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen zur Gewährleistung einer zweckmäßigen und rechtlich gesicherten Erschließung der Abfindungsgrundstücke.

Diese Erschließungsflurstücke wie auch an deren Stelle ausgewiesene Wegerechte unterliegen keiner bauseitigen Ertüchtigung. Gleichzeitig unterliegen die künftigen Eigentümer derartiger Anlagen keiner Verkehrssicherungspflicht. Die Benutzung und aus der Benutzung resultierenden Pflichten der Nutzungsberechtigten werden gesondert durch den Flurbereinigungsplan geregelt.

Der Bedarf an Erschließungsflurstücken und Wegerechten lässt sich überwiegend erst auf der Grundlage der neuen Feldeinteilung konkretisieren. Ihre Ausweisung und die notwendigen rechtlichen Regelungen bleiben daher dem Flurbereinigungsplan vorbehalten.

Ziele:

- Qualitative Verbesserung des Wegenetzes durch Ausbau einzelner Wege,
- Rechtliche Regelung des landwirtschaftlichen Wegenetzes (Eigentum und Unterhaltungspflicht),
- Verbesserung der Naherholung/ Tourismus durch einen kombinierten Rad-/ Wirtschaftsweg Lüttele-Fredersdorf

Maßnahmen:

Der Ausbau der folgenden Maßnahmen wird vom Vorstand als erforderlich erachtet, um die Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen sowie die Führung des landwirtschaftlichen Verkehrs zukunftsfähig zu gestalten.

Der Ausbauumfang hat sich zu den Neugestaltungsgrundsätzen reduziert. Zum einen wurde auf eine Vermeidung unnötiger Versiegelung geachtet, zum anderen eine angepasste Ausbauart an die örtlichen Bedingungen (durch Baugrundgutachten) gewählt. So wurde der ursprünglich angedachte Ausbau in Asphalt in Spurbahnen aus Betonplatten reduziert.

Der Ausbau erfolgt gemäß den Vorgaben der Richtlinie für den ländlichen Wegebau sowie der Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen, jeweils in seiner aktuellsten Fassung.

Die geplanten Breiten der Verbindungs (167/1-4)- und Wirtschaftswege (138/1-3) erschließen sich aus der Wiederverwendung vorhandener Betonplatten sowie der maßgebenden Richtlinie. Diese sieht bei Verbindungswegen für die landwirtschaftlichen Fahrzeuge und deren Begegnungsfälle Mindest-Fahrbahn-Breiten von 3,50 m vor, soweit es die örtlichen Gegebenheiten zulassen (entsprechend Bild 16, RLW 2025). Bei Wirtschaftswegen ist die Fahrbahnbreite für Begegnungsverkehr 3,00 m (entsprechend Bild 26, RLW 2025). Somit kann die Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Einsatz der Landtechnik geschaffen, aber auch die Anforderungen an eine multifunktionale Nutzung erfüllt werden.

Für eine multifunktionale Nutzung insbesondere auch durch Radfahrer ist daher die Berücksichtigung von Ausweichstellen zwingend erforderlich. Die Abstände von Ausweichstellen ergeben sich durch Einsehbarkeiten, topografischen Gegebenheiten und Lage von Wegeabzweigungen. Die genaue Lage der Ausweichstellen und Feldzufahrten wird im Zuge der Ausführungsplanung festgelegt und mit den Landwirten abgestimmt.

Die überfahrbaren Bankette sind erforderlich, um ein Abbrechen der Fahrbahnaußenkanten zu vermeiden und um bei Begegnungsverkehr die in der Richtlinie für den ländlichen Wegebau (RLW 2025) geforderte Mindest-Kronenbreite für den jeweiligen Wegetyp zu gewährleisten.

Die vorhandenen Bodendenkmale sowie „bevorzugte archäologische bzw. steinzeitliche Siedlungs- u. Nutzungsgebiete“ (BLDAM 2024) im Verfahrensgebiet sind bei den Baumaßnahmen zu berücksichtigen (vgl. Karte 1).

Bei der Planung der Wegebaumaßnahmen wird grundsätzlich die bestehende Tragfähigkeit der vorhandenen Wegebefestigungen mit berücksichtigt. Um hierbei eine hohe Planungssicherheit erreichen zu können, wurde ein Ingenieurbüro mit der Erstellung von Baugrundgutachten beauftragt. In der vorliegenden Unterlage sind im „Beiheft 11.1 – Baugrundgutachten“ alle Gutachten vollständig für die Wege hinterlegt. Die Ausbauempfehlungen vom Ingenieurbüro wurden bei der Ausbauplanung und der Erstellung der Regelprofile der Wege weitestgehend berücksichtigt.

Die folgenden Wege haben eine zentrale Bedeutung im Wegenetz des Verfahrensgebietes.

Der **Weg 138/1-3** dient der Erschließung der Flächen im Naturschutzgebiet. Im südlichen Abschnitt des Weges bis zur Schranke ist dieser mit Asphalt befestigt. Hier weist die Fahrbahn starke Randab-

brüche, Absackungen und Fehlstellen auf. Der längste Abschnitt des Weges in Richtung Norden verlaufend, ist mit Spurbahn aus Betonplatten hergestellt. Auch hier sind viele Bereiche mit Absackungen und Verschiebungen der Platten vorzufinden. Der letzte und zugleich nördlichste Abschnitt besteht aus einem Sand-Schotter-Gemisch. Parallel der Wegeabschnitte verläuft in einem Abstand von etwa 5 m bis 7 m der Hauptkanal. Um ein funktionierendes An – und Abstaufen des Kanals zu gewährleisten, ist es notwendig vierzehn querende Durchlässe (D152, D166, D167, D170, D173, D177, D179, D182, D185, D188, D191, D193, D196, D206) im Zuge des Wegebaus zu erneuern.

Der **Weg 167/1-4** stellt eine Verbindung zwischen den Ortslagen Lütte und Fredersdorf her. Neben der Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen weiter Teile des Verfahrensgebietes, dienen diese Wegeabschnitte der touristischen Entwicklung (Rad, Wandern) sowie zur Steigerung der Attraktivität der Naherholung.

Von Lütte aus, besteht die Wegebefestigung in den Wegeabschnitten 167/1, 167/2 und 167/3 aus Spurbahn aus Betonplatten, die abschnittsweise verschoben und gesackt sind. Der Wegeabschnitt 167/4 ist unbefestigt und zum Teil bis in eine Breite von 5 m und mehr ausgefahren. Die Breite resultiert aus dem Umfahren von entstandenen Senken. Durch das Umfahren wird stellenweise Ackerfläche in erheblichem Umfang in Anspruch genommen.

Ziel ist die qualitative Verbesserung der Erschließung der Feldflur und Vernetzung der Ortslagen unter gleichzeitiger Nutzung für die Naherholung und dem Tourismus.

Die Wegeabschnitte sollen mit Spurbahn in Betonplatten und beidseitigem Schotterrasenbankett ausgebaut werden. Es ist notwendig drei Durchlässe im Weg wieder neu herzustellen (D28, D28.1, D42.1).

Im Rahmen der Trägerbeteiligung zu den Neugestaltungsgrundsätzen wurden folgende Stellungnahmen in Bezug auf die Wegeplanungen eingereicht:

Landesamt für Umwelt, N5 (2024)

„Hinsichtlich des vorläufigen Ausbaurvorschlages des Weges entlang Großer Kanal (138/1, 138/2, 138/3) bitten wir um folgende Änderung: Der Abschnitt 138/1 ist ebenfalls zur Eingriffsminimierung wie Abschnitt 138/2 auszubauen. ... Um das Landschaftsbild nicht völlig zu verändern, ist es notwendig, die Deckschicht für den Abschnitt 138/3 aus natürlich gebrochenen Materialien der Körnung 0/16 bis 0/32 mm mit einem ausreichenden Mindestfeinkornteil herzustellen. Hierbei wird eine geschlossene Oberfläche in allen Wegebereichen gefordert. Das Material hat sich farblich dem Landschaftsbild anzupassen. Die Schichtdicke der Deckschicht sollte 10 cm betragen.“

„Der Wegeausbau Verbindung Lütte – Fredersdorf (167/1, 167/2, 167/3, 167/4) soll künftig in 3,50 m breiter Asphalt- Bauweise erfolgen (angedachte Planung der Neugestaltungsgrundsätze). Wir hatten bereits in den Neugestaltungsgrundsätzen 2017 darauf hingewiesen, dass hier nur ein Spurplattenausbau genehmigungsfähig erscheint, da die Asphalt-Bauweise dem Minimierungsgebot des §15 (1) BNatSchAG und den Anforderungen an den Artenschutz (Amphibien) entgegensteht. ...“

„Bankette des Weges entlang Großer Kanal und entlang der Verbindung Lütte – Fredersdorf sind mit örtlich abgetragenen Böden abzudecken. Die befestigte Wegebreite darf 3,50 m nicht überschreiten. Auf den fertigen Banketten sollen dauerhaft keine Schottersteine zu sehen sein.“

Im Folgenden werden die vorgesehenen Wegebaumaßnahmen im Einzelnen vorgestellt.

Weg entlang Großer Kanal (138/1)


Lage	Nordöstlich der Ortslage Baitz, östlich entlang Großer Kanal Baubeginn: am „Weg nach Trebitz“ Bauende: Ende Asphaltbefestigung
Befestigung / Zustand	965 m x 3,50 m - Asphalt / schlecht schlechter Zustand der Befahrbarkeit (Unebenheiten, ausgefahrene Bereiche, ausgeprägte Schlaglöcher, fehlende Entwässerung, Bankette unbefestigt)
Zweck / Frequentierung	Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; hohe Bedeutung für die Abfuhr des Mahdgutes im Rahmen des Trappenschutzes / mittel (Schranke für öffentlichen Verkehr in 138/1)
Klassifizierung	Wirtschaftsweg (RLW 2025) mit beschränkter Nutzung
Ausbauplanung	Länge: 0+000 bis Bau-km 0+965 = 965 m Befestigung: Spurbahn Betonplatten, Breite: 3,00 m Wiederverwendung von Platten aus Weg 167/1-3 Breite: 2x1,00 m, Mittelstreifen 1,00 m Bankett: je 0,75 m beidseitig Ersatzneubau von 3 Durchlässen im Wegeabschnitt (D152, D166, D167); Neubau von 1 Kreuzungsbereich, 11 Feldzufahrten
Zu berücksichtigende Belange	Verfahrensgrenze beachten; Beachtung der „bevorzugte archäologische bzw. steinzeitliche Siedlungs- u. Nutzungsgebiete“ (BLDAM 2024); Beachtung von Ver- und Entsorgungsleitungen (Der Leitungsbestand wird bei den nachfolgenden Planungsphasen nochmal abgefragt); Befreiung von der Schutzgebietsverordnung (siehe Kapitel 7.2); ggf. kleinflächig Lichtraumprofilschnitt notwendig
Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Teil 7)	Naturschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen (siehe Kapitel 7.7.2): V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölzbestände nach DIN 18920 V5: Bauzeitenbeschränkung (01.03.-15.09.) (Die Bauarbeiten sollten nur zwischen 16.09. und 28.02. stattfinden)
	

Abbildung 3: Wegabschnitt 138/1

Weg entlang Großer Kanal (138/2)




Lage	Nordöstlich der Ortslage Baitz, östlich entlang Großer Kanal Baubeginn: Übergang Asphalt/Betonplatten Bauende: Ende Betonplattenbefestigung
Befestigung / Zustand	2.805 m x (2 x 1 m) - Spurbahn aus Betonplatten / schlecht Vollfläche Betonplatten ca. 858 m ² schlechter Zustand der Befahrbarkeit (Unebenheiten, ausgefahrene Bereiche, ausgeprägte Schlaglöcher, fehlende Entwässerung, Bankette unbefestigt)
Zweck / Frequentierung	Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; hohe Bedeutung für die Abfuhr des Mahdgutes im Rahmen des Trappenschutzes / mittel (Schranke für öffentlichen Verkehr in 138/1)
Klassifizierung	Wirtschaftsweg (RLW 2025) mit beschränkter Nutzung
Ausbauplanung	Länge: 0+965 bis Bau-km 3+770 = 2.805 m Befestigung: Spurbahn Betonplatten, Breite: 3,00 m Wiederverwendung von Platten aus Weg 167/1-3 Breite: 2x1,00 m, Mittelstreifen 1,00 m Bankett: je 0,75 m beidseitig Ersatzneubau von 10 Durchlässen im Wegeabschnitt (D170, D173, D177, D179, D182, D185, D188, D191, D193, D196); Neubau von 4 Ausweichstellen, 28 Feldzufahrten
Zu berücksichtigende Belange	Beachtung der „bevorzugte archäologische bzw. steinzeitliche Siedlungs- u. Nutzungsgebiete“ (BLDAM 2024); Beachtung Hochwasserrisikogebiet (LFU Wasserwirtschaft 2024); Beachtung von Ver- und Entsorgungsleitungen (Der Leitungsbestand wird bei den nachfolgenden Planungsphasen nochmal abgefragt); Befreiung von der Schutzgebietsverordnung (siehe Kapitel 7.2); ggf. kleinflächig Lichtraumprofilschnitt notwendig
Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Teil 7)	Naturschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen (siehe Kapitel 7.7.2): V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölzbestände nach DIN 18920 V5: Bauzeitenbeschränkung (01.03.-15.09.) (Die Bauarbeiten sollten nur zwischen 16.09. und 28.02. stattfinden)
	

Abbildung 4: Wegabschnitt 138/2

Weg entlang Großer Kanal (138/3)

Lage	Nordöstlich der Ortslage Baitz, östlich entlang Großer Kanal Baubeginn: Übergang Betonplattenbefestigung/ Sand-Schotter-Gemisch Bauende: Höhe Gebäude
Befestigung / Zustand	315 m x 4,00 m – teilbefestigt (Sand-Schotter-Gemisch) Schlecht schlechter Zustand der Befahrbarkeit (Unebenheiten, ausgefahrene Bereiche, ausgeprägte Schlaglöcher, fehlende Entwässerung, Bankette unbefestigt)
Zweck / Frequentierung	Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; hohe Bedeutung für die Abfuhr des Mahdgutes im Rahmen des Trappenschutzes / mittel (Schranke für öffentlichen Verkehr in 138/1)
Klassifizierung	Wirtschaftsweg (RLW 2025) mit beschränkter Nutzung
Ausbauplanung	Länge: 3+770 bis Bau-km 4+085 = 315 m Befestigung: Decke ohne Bindemittel Breite: 3,00 m Bankett: je 0,75 m beidseitig Ersatzneubau von einem Durchlass im Weg (D206); Neubau von 4 Feldzufahrten; einer Hofzufahrt und einer Wegeanbindung
Zu berücksichtigende Belange	Beachtung der „bevorzugte archäologische bzw. steinzeitliche Siedlungs- u. Nutzungsgebiete“ (BLDAM 2024); Beachtung Hochwasserrisikogebiet (HQextrem) (LFU Wasserwirtschaft 2024); Beachtung von Ver- und Entsorgungsleitungen (Der Leitungsbestand wird bei den nachfolgenden Planungsphasen nochmal abgefragt); Befreiung von der Schutzgebietsverordnung (siehe Kapitel 7.2)
Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Teil 7)	Naturschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen (siehe Kapitel 7.7.2): V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölzbestände nach DIN 18920 V5: Bauzeitenbeschränkung (01.03.-15.09.) (Die Bauarbeiten sollten nur zwischen 16.09. und 28.02. stattfinden)
	 <p>Abbildung 5: Wegabschnitt 138/3</p>


Verbindung Lütte - Fredersdorf (167/1)

Lage	Westlich im Verfahrensgebiet; zwischen den Ortslagen Fredersdorf und Lütte Baubeginn: Übergang zu Asphalt Bauende: nach Wegeanbindung/ Übergang zu 167/2
Befestigung / Zustand	1.317 m x (2 x 1 m) Spurbahn aus Betonplatten / schlecht 17 m x 2 m Natursteinpflaster/ schlecht schlechter Zustand der Befahrbarkeit (Unebenheiten, ausgefahrene Bereiche, ausgeprägte Schlaglöcher, fehlende Entwässerung, Bankette unbefestigt)
Zweck / Frequentierung	Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; Trasse dient der Naherholung und dem Tourismus / mittel
Klassifizierung	Verbindungsweg (RLW 2025)
Ausbauplanung	Länge: 0+000 bis Bau-km 1+317= 1.317 m Befestigung: Spurbahn Betonplatten, Breite: 3,50 m Breite: 2 x 1,30 m, Mittelstreifen 0,90 m Bankett: je 0,75 m beidseitig Ersatzneubau von 2 Durchlässen im Wegeabschnitt (D28 und D28.1); Errichtung von einer Ausweichstelle, 6 Feldzufahrten, einer Hofzufahrt, 2 Wegebanbindungen; Aufstellung einer Schranke zur Verhinderung Durchgangsverkehr mit Umfahrungsmöglichkeit für Radfahrer (endgültiger Standort wird im Zuge Ausführungsplanung abgestimmt)
Zu berücksichtigende Belange	Verfahrensgrenze beachten; Beachtung der „bevorzugte archäologische bzw. steinzeitliche Siedlungs- u. Nutzungsgebiete“ (BLDAM 2024); Beachtung von Ver- und Entsorgungsleitungen (Der Leitungsbestand wird bei den nachfolgenden Planungsphasen nochmal abgefragt); Befreiung von der Schutzgebietsverordnung (siehe Kapitel 7.2); ggf. kleinflächig Lichtraumprofilschnitt notwendig
Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Teil 7)	Naturschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen (siehe Kapitel 7.7.2): V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölzbestände nach DIN 18920 V4: Bauzeitenbeschränkung (01.04.- 31.08.) mit Ausnahmeregelung 1 V6: (gilt nur für D28) Erhalt der ökologischen Durchgängigkeit (siehe Kapitel 7.5) V7: (gilt nur für D28) Schutz des Gewässers vor Stoffeinträgen während der Abriss- und Baumaßnahmen (siehe Kapitel 7.5)
	 <p>Abbildung 6: Wegabschnitt 167/1</p>


Verbindung Lütte - Fredersdorf (167/2)

Lage	Westlich im Verfahrensgebiet; zwischen den Ortslagen Fredersdorf und Lütte Baubeginn: nach Wegeanbindung/ Übergang zu 167/1 Bauende: vor Wegeanbindung/ Übergang zu 167/3
Befestigung / Zustand	386 m x (2 x 1 m) Spurbahn aus Betonplatten / schlecht schlechter Zustand der Befahrbarkeit (Unebenheiten, ausgefahrene Bereiche, ausgeprägte Schlaglöcher, fehlende Entwässerung, Bankette unbefestigt)
Zweck / Frequentierung	Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; Trasse dient der Naherholung und dem Tourismus / mittel
Klassifizierung	Verbindungsweg (RLW 2025)
Ausbauplanung	Länge: ca. 1+317 bis Bau-km 1+703 = 386 m Befestigung: Spurbahn Betonplatten, Breite: 3,50 m Breite: 2 x 1,30 m, Mittelstreifen 0,90 m Bankett: je 0,75 m beidseitig Errichtung von einer Wegeanbindung, 2 Feldzufahrten
Zu berücksichtigende Belange	Beachtung der „bevorzugte archäologische bzw. steinzeitliche Siedlungs- u. Nutzungsgebiete“ (BLDAM 2024); Beachtung von Ver- und Entsorgungsleitungen (Der Leitungsbestand wird bei den nachfolgenden Planungsphasen nochmal abgefragt); Befreiung von der Schutzgebietsverordnung (siehe Kapitel 7.2)
Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Teil 7)	Naturschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen (siehe Kapitel 7.7.2): V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölzbestände nach DIN 18920 V4: Bauzeitenbeschränkung (01.04.- 31.08.) mit Ausnahmeregelung 1
	 <p>Abbildung 7: Wegabschnitt 167/2</p>

Verbindung Lütte - Fredersdorf (167/3)

Lage	Westlich im Verfahrensgebiet; zwischen den Ortslagen Fredersdorf und Lütte Baubeginn: vor Wegeanbindung/ Übergang zu 167/2 Bauende: vor Wegeanbindung/ Übergang zu 167/4
Befestigung / Zustand	502m x (2 x 1 m) Spurbahn aus Betonplatten / schlecht schlechter Zustand der Befahrbarkeit (Unebenheiten, ausgefahrene Bereiche, ausgeprägte Schlaglöcher, fehlende Entwässerung, Bankette unbefestigt)
Zweck / Frequentierung	Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; Trasse dient der Naherholung und dem Tourismus / mittel
Klassifizierung	Verbindungsweg (RLW 2025)
Ausbauplanung	Länge: ca. 1+703 bis Bau-km 2+205 = 502 m Befestigung: Spurbahn Betonplatten, Breite: 3,50 m Breite: 2 x 1,30 m, Mittelstreifen 0,90 m Bankett: je 0,75 m beidseitig Ersatzneubau von einem Durchlass (D42.1) im Wegeabschnitt; Errichtung von einer Ausweichstelle und 4 Feldzufahrten
Zu berücksichtigende Belange	Beachtung der „bevorzugte archäologische bzw. steinzeitliche Siedlungs- u. Nutzungsgebiete“ (BLDAM 2024); Beachtung von Ver- und Entsorgungsleitungen (Der Leitungsbestand wird bei den nachfolgenden Planungsphasen nochmal abgefragt); Befreiung von der Schutzgebietsverordnung (siehe Kapitel 7.2); ggf. kleinflächig Lichtraumprofilschnitt notwendig
Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Teil 7)	Naturschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen (siehe Kapitel 7.7.2): V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölzbestände nach DIN 18920 V4: Bauzeitenbeschränkung (01.04.- 31.08.) mit Ausnahmeregelung 1
	 <p>Abbildung 8: Wegabschnitt 167/3</p>

Verbindung Lütte - Fredersdorf (167/4)

Lage	Westlich im Verfahrensgebiet; zwischen den Ortslagen Fredersdorf und Lütte Baubeginn: vor Wegeanbindung/ Übergang zu 167/3 Bauende: Anschluß Betonfläche in Ortslage
Befestigung / Zustand	990 m x 4 m unbefestigt / schlecht / 150 m x 4 m Natursteinpflaster/ schlecht schlechter Zustand der Befahrbarkeit (Unebenheiten, ausgefahrene Bereiche, ausgeprägte Schlaglöcher, fehlende Entwässerung, Bankette unbefestigt)
Zweck / Frequentierung	Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; Trasse dient der Naherholung und dem Tourismus / mittel
Klassifizierung	Verbindungsweg (RLW 2025)
Ausbauplanung	Länge: ca. 2+205 bis Bau-km 3+345 = 1.140 m Befestigung: Spurbahn Betonplatten, Breite: 3,50 m Breite: 2 x 1,30 m, Mittelstreifen 0,90 m Bankett: je 0,75 m beidseitig Wiederverwendung vorh. Natursteinpflaster im Mittelstreifen (beginnend ab Ortslage Fredersdorf (~200 m)) Errichtung von 2 Ausweichstellen, 4 Feldzufahrten, 4 Wegeanbindungen, 3 Hofzufahrten; Aufstellung einer Schranke zur Verhinderung Durchgangsverkehr mit Umfahrungsmöglichkeit für Radfahrer (endgültiger Standort wird im Zuge Ausführungsplanung abgestimmt)
Zu berücksichtigende Belange	Verfahrensgrenze beachten; Bodendenkmal beachten (Nr. 30374) – erforderliche archäologische Begleitung; Beachtung der „bevorzugte archäologische bzw. steinzeitliche Siedlungs- u. Nutzungsgebiete“ (BLDAM 2024); Beachtung von Ver- und Entsorgungsleitungen (Der Leitungsbestand wird bei den nachfolgenden Planungsphasen nochmal abgefragt); Befreiung von der Schutzgebietsverordnung (siehe Kapitel 7.2); ggf. kleinflächig Lichtraumprofilschnitt notwendig
Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Teil 7)	Naturschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen (siehe Kapitel 7.7.2): V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölzbestände nach DIN 18920 V4: Bauzeitenbeschränkung (01.04.- 31.08.) mit Ausnahmeregelung 1
	 <p>Abbildung 9: Wegabschnitt 167/4</p>

2.6.1 Einmündungen ins öffentliche Straßennetz

Die Neuanlage oder die Veränderung von Zufahrten zu Bundes- und Landesstraßen sind grundsätzlich vom Landesbetrieb Straßenwesen zu genehmigen. Bei Kreisstraßen ist der Landkreis zuständig.

Im Flurbereinigungsverfahren werden keine Zufahrten an übergeordnete Straßen neu hergestellt.

2.7 Kreuzungsbauwerke

Aufgrund der Vielzahl der vorhandenen natürlichen und künstlichen Fließgewässer, haben die Kreuzungsbauwerke im Verfahrensgebiet eine erhebliche Bedeutung. Der Ausbauumfang hat sich zu den Neugestaltungsgrundsätzen jedoch reduziert.

Kreuzungsbauwerke, die sich in den Wegebaumaßnahmen befinden, werden neu hergestellt.

Ziele:

- Sicherung der langfristigen Erschließung der Flächen durch Ersatzneubau der Kreuzungsbauwerke

Maßnahmen

Im Zuge der Wegebaumaßnahmen werden 17 Kreuzungsbauwerke/ Durchlässe erneuert.

Im Folgenden werden die Baumaßnahmen kurz vorgestellt:

Übersicht Ersatzneubau Kreuzungsbauwerke

Maßnahme-Nr.	Bestandsnummer am Bauwerk	Vorh. Nennweite	Gepl. Nennweite	Ersatzneubau-Länge in m
Entlang der Maßnahme 138/1				
D152	ST14	DN 800	DN 800	9,00
D166		DN 800	DN 800	7,00
D167	ST27 a	DN 600	DN 630	13,00
Entlang der Maßnahme 138/2				
D170	ST 26	DN 600	DN 630	11,00
D173	ST 25	DN 600	DN 630	10,00
D177	ST 24	DN 500	DN 500	10,00
D179	ST 23	DN 600	DN 630	10,00
D182	ST 22	DN 600	DN 630	10,00
D185	ST 21	DN 600	DN 630	10,00
D188	ST 20	DN 500	DN 500	11,00
D191	ST 19	DN 500	DN 500	11,00
D193	ST 18	DN 500	DN 500	11,00
D196	ST 17	DN 600	DN 630	19,00
Entlang der Maßnahme 138/3				
D206	ST 16	DN 500	DN 500	12,00
Entlang der Maßnahme 167/1				
D28		DN 1000	DN 1000	13,00
D28.1 Huckepackleitung		DN 500 Stahl DN 200 Steinzeug	DN 500 DN 500	8,00
Entlang der Maßnahme 167/2				
-				
Entlang der Maßnahme 167/3				
D42.1		DN 600	DN 630	28,00
Entlang der Maßnahme 167/4				
-				
Zweck	Grabenüberquerung Verbindungsweg – Gewässer II. Ordnung			
Material	PE100-RC Rohr, SDR 11 PN16, nach DIN EN 12201-2			
Sonstiges	Beachtung von Ver- und Entsorgungsleitungen (Der Leitungsbestand wird bei den nachfolgenden Planungsphasen nochmal abgefragt)			
Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Teil 7)	Naturschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen: V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölzbestände nach DIN 18920 V4: (gilt nur für Durchlässe in 167/1 + 3) Bauzeitenbeschränkung (01.04.-31.08.) mit Ausnahmeregelung 1 V5: (gilt nur für Durchlässe in 138/1-3) Bauzeitenbeschränkung (01.03.-15.09.) V6: (gilt nur für D28) Erhalt der ökologischen Durchgängigkeit (siehe Kapitel 7.5) V7: (gilt nur für D28) Schutz des Gewässers vor Stoffeinträgen während der Abriss- und Baumaßnahmen (siehe Kapitel 7.5)			

Brücken

Die für die Erschließung notwendigen Brücken sind derzeit noch befahrbar. Um eine Erschließung auch langfristig zu sichern, ist eine Erneuerung notwendig. Eine gesicherte Finanzierung ist derzeit nicht gegeben.

Die Anlagen sind eigentumsrechtlich einer öffentlichen Körperschaft, vorzugsweise der Gemeinde / Stadt oder dem Land Brandenburg zu übertragen. Die Gespräche dazu werden zum gegebenen Zeitpunkt stattfinden. Die Flurstücksbildung muss so erfolgen, dass ein Ausbau zu einem späteren Zeitpunkt problemlos erfolgen kann.

2.8 Gewässernetz

Eine bauliche Neugestaltung des Gewässernetzes ist im Verfahren nicht geplant.

Über den Flurbereinigungsplan werden, soweit noch nicht vorhanden, für die Gewässer separate Flurstücke ausgewiesen. Das Eigentum an den Gewässern soll entsprechend den Zielen aus dem Anordnungsbeschluss der Gemeinde oder dem Land zugeordnet werden. Die Gespräche dazu werden zum gegebenen Zeitpunkt stattfinden. Die konkreten Bestimmungen sind separat zu schließenden Vereinbarungen und dem Flurbereinigungsplan vorbehalten.

Ziele:

- Überführung der Gewässer und der wasserbaulichen Anlagen in öffentliches Eigentum,
- Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes.

Maßnahmen:

Der Ausbauumfang hat sich zu den Neugestaltungsgrundsätzen reduziert. Derzeit ist kein Ausbau von Staubauwerken vorgesehen.

2.9 Natur und Landschaft

Grundlage der geplanten landschaftspflegerischen Maßnahmen (Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Landschaftsgestaltende Anlagen) im Verfahrensgebiet sind die landschaftsplanerischen Leitbilder und Entwicklungsziele für das Gebiet, die in der Landschaftsplanung (siehe Teil B) formuliert wurden.

Dem Teil B ist zu entnehmen, dass es in einigen Bereichen des Verfahrensgebietes, in Bezug auf die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes Aufwertungspotentiale gibt.

Die Landschaftsgestaltung soll im Verfahrensgebiet im erforderlichen Umfang vor allem als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Wegeausbau im Sinne der §§13 ff des BNatSchG umgesetzt werden. Bei der Planung sind die Landwirtschaftsbetriebe beteiligt worden, da die landwirtschaftlichen Flächen ihre Existenzgrundlage darstellen. Darüber hinaus sind durch die Teilnehmergemeinschaft keine weiteren landschaftsgestaltenden Anlagen geplant.

Ziele:

- Regelung der Eigentumsverhältnisse zur Umsetzung von Maßnahmen für den Natur- und Großtrappenschutz
- Berücksichtigung
 - der Vorgaben der Schutzgebietsverordnungen für das NSG und LSG (v. a. Verbote sowie Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen),

- der Erhaltungsziele der Natura 2000 Gebiete,
- der Ziele der Landschaftsplanung,
- der Maßnahmen der Natura-2000 – Managementplanungen sowie des Pflege- und Entwicklungsplans für den Naturpark Hoher Fläming,
- Einbeziehung der Aussagen der vom LfU erarbeiteten Machbarkeitsstudie,
- Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes,
- Optimierung des Offenlandcharakters der Belziger Landschaftswiesen,
- Aufwertung der Großtrappenlebensräume durch extensive Grünland- und Ackernutzung unter Berücksichtigung der Eigentumsverhältnisse,
- Schaffung von multifunktionalen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Berücksichtigung von positiven Effekten für den Großtrappenschutz.

2.9.1 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Im Rahmen der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes (§ 41 FlurbG) und des dazugehörigen Landschaftspflegerischen Begleitplanes werden, die in der Konfliktanalyse (siehe Teil 7.3.1) beschriebenen Konflikte über multifunktionale Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen bzw. ersetzt. Das bedeutet, dass durch eine Kompensationsmaßnahme mehrere Konflikte gleichzeitig ausgeglichen bzw. ersetzt werden können. Für die Ermittlung des Flächenbedarfs wird im Grundsatz das Flächenverhältnis von Eingriff und Ausgleich bei der Kompensation von Bodenversiegelung gemäß Handlungsanleitung zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE, MLUR 2009) angenommen. Die Kompensation eventuell zu fällender einheimischer Gehölze richtet sich grundsätzlich nach dem Handbuch für die Landschaftspflegerischen Begleitplanung bei Straßenbauvorhaben im Land Brandenburg (LS 2009) bzw. der Handlungsanleitung zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE, MLUR 2009).

Eine detaillierte Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich erfolgt im Teil 7.3.3 des vorliegenden Wege- und Gewässerplanes. Die Zuordnung der einzelnen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu den Baumaßnahmen ist hierbei unverbindlich. Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen des Wege- und Gewässerplanes fungieren als Kompensationspool für die Eingriffe. Eine konkrete Zuordnung erfolgt mit Umsetzung der Maßnahmen. Bei der Auswahl der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wurden die im Gebiet wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe beteiligt, so dass die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigt werden konnten.

Durch die Baumaßnahmen werden 13.977,05 m² neu versiegelt. Insgesamt wird die Neuversiegelung durch eine Umwandlung von Acker in Grünland (Maßnahme 1000) kompensiert. Gehölzverluste kommen nicht vor, sodass auf Ausgleichspflanzungen verzichtet werden kann (vgl. Teil 7.3.1 - Konfliktanalyse).

Die Maßnahme 1000 soll vor allem der Aufwertung der Moorfolgeböden, aber auch unter dem Ansatz der Multifunktionalität dem Schutz der Großtrappe sowie einer Vielzahl weiterer Wiesenbrütern dienen. Diese Maßnahme entspricht somit der NSG-VO, dem PEP und den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis i.S. des § 17 BbodenSchG.

Hinweis: Die Maßnahme 1000 „Umwandlung von Acker in Grünland“ hat eine Gesamtgröße von aufgerundet 28.000 m². Für die Kompensation sind nur 27.954 m² notwendig.

In der Karte 1 ist der Festlegungsraum der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme 1000 dargestellt. Das bedeutet, dass die Maßnahme 1000 in diesem dargestellten Bereich (Flächengröße ca. 80.150 m²) verortet ist. Die tatsächliche Geometrie wird erst mit der Neuzuteilung der Flurstücke festgelegt.

Im Folgenden wird die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme kurz vorgestellt. Eine detaillierte Beschreibung befindet sich im Teil 7.3.5.

Maßnahme 1000 – Umwandlung von Acker in Grünland

Lage	<ul style="list-style-type: none"> • Moorfolgeböden in der Trebitzer Flur 3 • Nördlich der Ortslage Gömnigk • östlich der Plane; nördlich Graben 100/0240; westlich Weg mit Gehölzreihe; südlich Nutzungsgrenze zw. Acker und Grünland mit Einzelgehölzen bestanden • siehe Karte 1 Festlegungsraum (Flächengröße ca. 80.150 m²)
Bestand	<ul style="list-style-type: none"> • Acker
Planung	<ul style="list-style-type: none"> • Umwandlung von intensiv genutztem Acker in schlaglange Grünlandstreifen • Gesamtfläche: 28.000 m² • i.d.R. zweimalige Mahd und Abfuhr des Mähguts • Einhaltung naturschutzfachlich vorgegebener Mahdtermine • bei Beweidung max. 0,8 GVE/ha
Entwicklungsziel	<ul style="list-style-type: none"> • Dauergrünland
Besonderheiten	<ul style="list-style-type: none"> • Umgewandelte Fläche ist im Flächenkataster als Grünland zu codieren • vereinbar mit dem Erlass des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft „Arbeitshilfe Betriebsintegrierte Kompensation“ (2016)



Abbildung 10: Maßnahme 1000 -Umwandlung von Acker in Grünland

2.9.2 Landschaftsgestaltende Anlagen

Landschaftsgestaltende Anlagen sind keine geplant.

3 Ergebnisse der umweltrechtlichen Prüfungen und Fachgutachten

Im Folgenden wird eine Zusammenfassung der Vorprüfungen gem. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und der §§ 15, 34 und 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gegeben. Die ausführlichen Prüfunterlagen befinden sich in Teil 7 bzw. 8 dieses Planes.

3.1 Prüfung der Pflicht einer SPA / FFH-Verträglichkeitsprüfung

Im Verfahrensgebiet befinden sich drei FFH-Gebiete und ein SPA-Gebiet. Mehrere Maßnahmen werden angrenzend oder innerhalb dieser Schutzgebiete angelegt. Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele können ausgeschlossen werden (vgl. Teil 7.1).

3.2 Eingriffsregelung

Erhebliche Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes sind durch die aufgeführten Baumaßnahmen durch Versiegelung zu erwarten. Zudem gibt es bau-, anlage- oder/und betriebsbedingte Konflikte, die zu Beeinträchtigungen führen können. Eine detaillierte Konflikthanalyse sowie Eingriffsermittlung und -bilanzierung ist dem Teil 7.3 zu entnehmen.

3.3 Prüfung der Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Gemäß Anlage 1, Ziffer 16.1 zu § 3 des UVPG ist für den Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des FlurbG eine UVP-Pflicht gegeben, wenn die allgemeine Vorprüfung des Einzelalles zu dem Ergebnis kommt, dass mit erheblichen Auswirkungen (i.S. des UVPG) auf die Umwelt zu rechnen ist. Dabei bezieht sich der Projektbegriff auf die Herstellung der Gesamtheit der öffentlichen und gemeinschaftlichen Anlagen nach dem FlurbG.

Durch das Vorhaben der Ausführung der Gesamtheit der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen des Planes nach § 41 FlurbG sind keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten. Die Beeinträchtigungen durch die Herstellung der im Plan nach § 41 FlurbG festzustellenden Maßnahmen auf die naturschutzrechtlichen Schutzgüter „Arten und Lebensgemeinschaften“ sowie „Boden“ und „Wasser“ werden durch entsprechende Maßnahmen kompensiert. Auf die Durchführung einer UVP wird aufgrund des Ergebnisses des UVP-Screenings verzichtet.

3.4 Besonderer Artenschutz

Durch die Umsetzung der Wegebaumaßnahmen treten bau- und / oder anlagebedingte Störungen der europäischen Vogelarten (Brutvögel) und Überwinterungsgäste auf. Durch die festgesetzten Vermeidungsmaßnahmen können diese Beeinträchtigungen im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen werden.

Die ausführliche artenschutzrechtliche Prüfung befindet sich in Teil 7.4 des vorliegenden Planes.

3.5 Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Teil des Wege- und Gewässerplanes ist der Ersatzneubau des Durchlasses D28 am Hellbach. Dieser ist laut Angaben des Landesamtes für Umwelt Brandenburg ein berichtspflichtiges Gewässer gem. Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Der Fachbeitrag zur Wasserrahmenrichtlinie (WRRL-FB) im Teil 7.5 prüft die Vereinbarkeit der Planung mit den Bewirtschaftungszielen gem. § 27 WHG. Eine Beeinträchti-

gung des chemischen bzw. ökologischen Zustandes des Gewässers kann unter Einhaltung der Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen werden.

3.6 Klimaschutz

In Summe rufen die Maßnahmen des Wege- und Gewässerplanes nach dem Ausbau betriebsbedingt weniger Emissionen hervor als vorher und stehen so der Erreichung der Klimaschutzziele nicht entgegen. Der ausführliche Fachbeitrag Klimaschutz befindet sich in Teil 7.6 des vorliegenden Planes.

4 Übersicht der feststellungsbezogenen Anlagen

Die folgende Übersicht zeigt eine Zusammenfassung aller feststellungsbezogenen Anlagen:

4.1 Straßen und Wege

Tabelle 2: Straßen und Wege

Nummer	Ausbauart	Länge in m
138/1	Spurbahn aus Betonplatten, 2 x 1,00 m breit	965
138/2	Spurbahn aus Betonplatten, 2 x 1,00 m breit	2.805
138/3	Decke ohne Bindemittel, 3,00 m breit	315
167/1	Spurbahn aus Betonplatten, 2 x 1,30 m breit	1.317
167/2	Spurbahn aus Betonplatten, 2 x 1,30 m breit	386
167/3	Spurbahn aus Betonplatten, 2 x 1,30 m breit	502
167/4	Spurbahn aus Betonplatten, 2 x 1,30 m breit	1.140

4.2 Wasserbauliche Anlagen

Tabelle 3: Wasserbauliche Anlagen

Nummer	Maßnahmen
D152	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/1
D166	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/1
D167	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/1
D170	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D173	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D177	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D179	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D182	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D185	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D188	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D191	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D193	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D196	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/2
D206	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 138/3
D28	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 167/1
D28.1	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 167/1
D42.1	Neubau Rohrdurchlass in Maßnahme 167/3

4.3 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Tabelle 4: Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Nummer	Maßnahmen
1000	Umwandlung von Acker in Grünland (Flächengröße 28.000 m²)

5 Finanzierungsmöglichkeiten

Auf Grundlage der Wirtschaftsfähigkeit der Teilnehmergemeinschaft und unter Bezug auf die vorhandenen Förderinstrumentarien werden für gemeinschaftliche Anlagen in der Regel Fördermittel beantragt.

Für die Inanspruchnahme von Fördermitteln zur Umsetzung der Wegebaumaßnahmen sowie des Gehölzumbaus steht in erster Linie die

- **Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der Flurbereinigung (FlurbFördRichtl),**
zur Verfügung.

Aufgrund der naturschutzfachlichen Zielstellung des FBV Belziger Landschaftswiesen gilt nach jetzigem Stand (Frühjahr 2024) ein **Fördersatz von 80 % der Bruttokosten**. Gefördert werden die Baukosten sowie die Baunebenkosten (Planungsleistungen, notwendige Gutachten etc.).

Die Fördermittel werden als Zuschüsse gewährt.

Die Differenz zwischen den förderfähigen Kosten und Förderbetrag ist der Eigenanteil der Teilnehmergemeinschaft. Dieser wird in dem FBV Belziger Landschaftswiesen durch Dritte getragen.

Die detaillierten Regelungen zur Finanzierung der umzusetzenden Maßnahmen im Flurbereinigungsverfahren werden im Plan nach § 41 FlurbG getroffen.

TEIL B

ANALYSE DES FLURBEREINIGUNGSGEBIETES

6 Allgemeine Planungsgrundlagen

Gemäß § 37 FlurbG, sind bei der Durchführung von Maßnahmen der Teilnehmergemeinschaft die öffentlichen Interessen zu wahren. Nach den gesetzlichen Vorschriften sind u. a. die Erfordernisse der Raumplanung, der Landschaftsplanung, der Wasserwirtschaft, des Denkmalschutzes etc. zu beachten.

Um dieser gesetzlichen Forderung gerecht zu werden, erfolgt in den nachfolgenden Kapiteln eine Darstellung der wichtigsten Planungsaussagen. Dabei haben die Aussagen der Raumplanung verbindlichen Charakter, die Maßnahmenplanung der Teilnehmergemeinschaft dürfen diesen nicht entgegen stehen. Die Aussagen der Landschaftsplanung sind bei der Maßnahmenplanung ebenfalls zu berücksichtigen. Widersprechen die Maßnahmen der Teilnehmergemeinschaft den Zielen der Landschaftsplanung, so ist dies zu begründen. **Eine direkte Verpflichtung zur Umsetzung bestimmter Maßnahmen aus der Landschaftsplanung im Rahmen der Flurbereinigung besteht nicht.**

Die Aussagen über weitere fachliche Belange und Planungen Dritter werden aufgeführt und je nach Rechtsstellung und Verbindlichkeit im weiteren Flurbereinigungsverfahren berücksichtigt.

6.1 Räumliche Gesamtplanung

6.1.1 Landesentwicklungsprogramm (LEPro)

Das Gemeinsame Landesentwicklungsprogramm vom 18.12.2007 enthält die Grundsätze und Ziele für die Entwicklung des Gesamttraumes Berlin-Brandenburg, das Leitbild der dezentralen Konzentration sowie Grundsätze und Ziele für die Fachplanungen. Seine Festlegungen sind Grundlage für die Landesentwicklungspläne. Für das Verfahrensgebiet sind insbesondere folgende im Gemeinsamen Landesentwicklungsprogramm Berlin/Brandenburg genannten Grundsätze als wesentlich anzusehen:

- Die Kulturlandschaft soll in ihrer Vielfalt erhalten und zur Stärkung der regionalen Identität und Wirtschaftskraft weiterentwickelt werden. (§ 4 Abs. 1).
- Bei der Siedlungsentwicklung sollen verkehrssparende Siedlungsstrukturen angestrebt werden (§ 5 Abs. 3).
- Die Inanspruchnahme und die Zerschneidung des Freiraums, insbesondere von großräumig unzerschnittenen Freiräumen, sollen vermieden werden (§ 6 Abs. 2) (GL Berlin-Brandenburg 2007).

6.1.2 Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR)

Der Landesentwicklungsplan konkretisiert die Grundsätze des Landesentwicklungsprogrammes. Der Plan legt verbindliche Vorgaben in Form von beachtungspflichtigen Zielen fest und trifft allgemeine Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes. Der LEP HR trat am 1.7.2019 in Kraft.

Die Festlegungskarte zum LEP HR weist im gesamten Verfahrensgebiet einen Freiraumverbund aus (GL 2024).

„Der bestehende Freiraum soll in seiner Multifunktionalität erhalten und entwickelt werden. Der Freiraumschutz ist bei allen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Der landwirtschaftlichen Bodennutzung ist gegenüber anderen Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen. Möglichkeiten der nachhaltigen, ökologischen landwirtschaftlichen Produktion sollen besondere Bedeutung erhalten.

Durch die Festlegung eines Freiraumverbundes werden Freiräume mit hochwertigen Funktionen räumlich vernetzt und vor raumbedeutsamer Inanspruchnahme und Zerschneidung gesichert. Die Gebietsabgrenzung des Freiraumverbundes soll in der Regionalplanung konkretisiert werden.“ (GL 2019)

Der nächstgelegene Zentrale Ort ist das südwestlich gelegene Bad Belzig. Bad Belzig ist als Mittelzentrum ausgewiesen. „In den Mittelzentren sind die gehobenen Funktionen der Daseinsvorsorge mit regionaler Bedeutung räumlich zu konzentrieren. Dazu sind Waren- und Dienstleistungsangebote des gehobenen Bedarfes zu sichern und zu qualifizieren.“

Grundsatz 4.3 Ländliche Räume besagt, dass die ländlichen Räume so gesichert und weiterentwickelt werden sollen, dass sie einen attraktiven und eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum bilden, ihre typische Siedlungsstruktur und das in regionaler kulturlandschaftlicher Differenzierung ausgeprägte kulturelle Erbe bewahren und ihre landschaftliche Vielfalt erhalten (GL 2019).

Das Verfahrensgebiet liegt zum Teil in einem Hochwasserrisikogebiet. Im Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BPR HV) sind Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Vorsorge gegen Überschwemmungsgefährdung festgelegt (GL 2024).

6.1.3 Regionalplanung

Der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 ist auf Grund der Urteile des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 05. Juli 2018 unwirksam geworden. Der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 18.11.2021 enthält Festsetzungen zu den Themen Siedlung, Hochwasserschutz, Windenergienutzung, oberflächennahe Rohstoffe und Landwirtschaft.

Das Verfahrensgebiet wird in der Festlegungskarte des Entwurfes des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 nicht als Vorranggebiet für die Landwirtschaft dargestellt (Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming 2024).

Die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Havelland-Fläming „Grundfunktionale Schwerpunkte“ wurde am 23.11.2020 genehmigt und ist am 23.12.2020 in Kraft getreten. Als ein nächstgelegener grundfunktionaler Schwerpunkt wird die Stadt Brück dargestellt.

Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming ist mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 42 vom 23.10.2024 in Kraft getreten. Die Festlegungskarte weist kein Vorranggebiet für die Windenergienutzung innerhalb des Verfahrensgebietes aus (Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming 2024).

6.1.4 Bauleitplanung

Flächennutzungsplanung Stadt Bad Belzig und Amt Brück

Der Flächennutzungsplan ist an die Ziele der Raumordnung anzupassen und stellt die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung in den Grundzügen dar.

Stadt Bad Belzig

Der Flächennutzungsplan der Stadt Bad Belzig in der Fassung vom 01.10.2012 tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Die gesamten Flächen des Verfahrensgebietes, die sich im Verwaltungsbereich der Stadt Bad Belzig befinden, werden als Flächen für die Landwirtschaft ausgewiesen (§ 5 Abs. 2 Nr. 9

BauGB). Weitere, für die Neugestaltung des Verfahrensgebietes relevante Darstellungen werden im Flächennutzungsplan nicht gemacht (STADT BAD BELZIG 2025).

Im Amtsblatt für die Stadt Bad Belzig vom 20.04.2016 wurde der Öffentlichkeit der offizielle Zugang zur 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Bad Belzig angezeigt (STADT BAD BELZIG 2025).

Stadt Brück

Der Flächennutzungsplan der Stadt Brück ist seit dem 13.05.2011 bestandskräftig und weist die im Verfahrensgebiet befindlichen Flächen als "Flächen für die Landwirtschaft" (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB) aus.

Darüber hinaus befinden sich vereinzelt Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden und Natur (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB) im Verfahrensgebiet (Amt Brück 2025). Angaben zu Art und Umfang der Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen liegen nicht vor.

Bestehende Änderungen zum Flächennutzungsplan berühren nicht das Verfahrensgebiet.

Bebauungspläne (BP), Vorhabens- und Erschließungspläne (VEP) und Abrundungssatzungen

Bestehende Bebauungs- bzw. Vorhabens- und Erschließungspläne berühren nicht das Verfahrensgebiet.

6.2 Landschaftsplanung

6.2.1 Landschaftsprogramm Brandenburg

Das Landschaftsprogramm Brandenburg (LaPro) zeigt die landesweiten Belange und Ziele des Naturschutzes auf. Das LaPro wurde im Jahr 2001 aufgestellt und hat mit dem jetzt fertiggestellten sachlichen Teilplan „Landschaftsbild“ seine erste Fortschreibung.

Planungseinheiten des Landschaftsprogrammes sind die Naturraumeinheiten. Das Verfahrensgebiet befindet sich in der naturräumlichen Region *Mittlere Mark* mit der naturräumlichen Einheit des Baruther Tal mit Fiener Bruch, für die folgende generelle Ziele formuliert sind:

„Großräumige Erhaltungs- und Entwicklungsschwerpunkte konzentrieren sich in der mittleren Mark auf das Netz der Niederungen, die die mittelbrandenburgischen Platten durchziehen. Kernflächen des Naturschutzes sind (...) die Belziger Landschaftswiesen als Brutgebiet gefährdeter Watvogelarten (...). Große Teile des verzweigten Niederungssystems stellen Entwicklungsschwerpunkte dar, in denen durch Anhebung der Grundwasserstände die weitere Degradierung der meist flachgründigen Niedermoorstandorte verhindert werden muss. Im Fie-ner Bruch (...) ist die Verbesserung von Lebensräumen der Großtrappe sowie von gefährdeten Wasservogelarten vorrangiges Entwicklungsziel.“ (MULR 2000)

Weiterhin sind folgende **Entwicklungsziele** zu beachten:

- Erhalt der Kernflächen des Naturschutzes,
- Besondere Berücksichtigung des Schutzes von Vogelarten der Niedermoore und der grundwassernahen Extensivgrünländer,
- Erhalt und Entwicklung von Lebensräumen der Großtrappe.

Schutzgutbezogene Ziele

Arten- und Lebensgemeinschaften

- Sicherung von Kerngebieten des Großtrappenschutzes durch Vermeidung von Störungen und Förderung extensiver Landnutzung entsprechend den Erfordernissen des Artenschutzprogrammes der Großtrappe,
- Sicherung von Rast- und Sammelplätzen des Kranichs gegenüber Störungen,
- Sicherung der Schwerpunktgebiete zum Wiesenbrüterschutz durch den Erhalt der Grundwasser- und Überflutungsverhältnisse, extensiver Grünlandnutzung sowie der Störungsarmut in den Niederungen,
- Sicherung der Rast- und Sammelplätze der Zugvogelarten (v. a. Schlafplätze der Gänse) gegenüber Störungen,
- Schutz und Entwicklung von Fließgewässern und fließgewässerbegleitenden Biotopkomplexen als Bestandteile des Feuchtbiotopverbundes.

Boden

- Schwerpunkttraum für den Bodenschutz,
- Schutz und Regeneration von wenig beeinträchtigten und degradierten Moorböden,
- Erhalt bzw. Regeneration grundwasserbeeinflusster Mineralböden der Niederungen; standortangepasste Bodennutzung.

Wasser

- Vorrangiger Schutz und Entwicklung von Hauptgewässern als Kernstück des Fließgewässerschutzsystems,
- Schutz und Entwicklung von Nebengewässern des Fließgewässerschutzsystems,
- Sicherung der Grundwasserbeschaffenheit in Gebieten mit vorwiegend durchlässigen Deckschichten,
- Sicherung der Retentionsfunktion größerer Niederungsgebiete.

Biotopverbund Brandenburg

Das Landschaftsprogramm Brandenburg wird derzeit mit einem neuen sachlichen Teilplan „Biotopverbund Brandenburg“ fortgeschrieben. Die Karte, die derzeit als Entwurf vorliegt, weist für das Verfahrensgebiet folgende Themenschwerpunkte für den Biotopverbund aus:

- Kerngebiet Großtrappenschutz
- Rast- und Sammelplatz Kranich
- Schwerpunktgebiet Wiesenbrüterschutz
- punktuell Kernfläche Feuchtgrünland (Arten des Feuchtgrünlandes und der Niedermoore)
- am Belziger Bach, Baitzer Bach und an der Plane Kernflächen Fließgewässer.

Kernflächen stellen dabei Bereiche dar, in denen die Ziele des Biotopverbundes besonders gut erreicht werden können oder die gegenwärtig Refugien bestimmter Arten sind. Ziel der landesweiten Biotopverbundplanung ist es diese Kernflächen so zu verbinden und weiterzuentwickeln, dass die Biologische Vielfalt erhalten wird, Mindestareale gesichert werden, die Störung minimiert wird und ein genetischer Austausch stattfinden kann (MULR 2000).

6.2.2 Landschaftsrahmenplan

Folgende Zielsetzungen sind für das Verfahrensgebiet im Landschaftsrahmenplan Potsdam- Mittelmark (LPR) formuliert:

Arten- und Lebensgemeinschaften:

- Erhalt und Aufwertung von Mooren, Sümpfen und Röhrichtgesellschaften,
- Erhalt und Aufwertung von Feuchtwiesen und Feuchtwäldern,
- Vorrangige Aufwertung von überwiegend intensiv genutztem Grünland,
- Erhalt von Moor- und Bruchwäldern,
- Vorrangige Aufwertung von Ackerfluren,
- Erhalt besonders bedeutsamer, seltener oder gefährdeter Pflanzenarten.

Wasser

- Erhalt von Flächen mit hoher Grundwasserneubildung,
- Erhalt und Aufwertung von naturnahen oder bedingt naturnahen Fließgewässern,
- Vorrangige Entwicklung von Uferlandstreifen an Fließgewässern,
- Erhalt und Aufwertung von Kleingewässern.

Boden

- Aufwertung von stark beeinträchtigten Niedermoorböden,
- Wiedervernässung und Erhalt von Grünlandnutzung bzw. Umwandlung von Acker in Grünlandnutzung,
- Erhalt von Böden mit hoher Wind- und Wassererosionsgefährdung.

Landschaftsbild, landschaftsbezogene Erholung

- Erhalt von Alleen und Baumreihen,
- Besucherlenkung in störungsempfindlichen Gebieten (Landkreis Potsdam-Mittelmark 2006).

6.2.3 Landschaftsplan

Der **Landschaftsplan Brück** liegt im Entwurf vor (Stand Juli 2010).

Die Ziele des Landschaftsplanes werden im Maßnahmenkonzept umgesetzt. Zusammenfassend in Bezug auf die wichtigsten Flächennutzer bedeutet dies im Wesentlichen folgendes: Die Belziger Landschaftswiesen im Westen des Baruther Tales sind durch in weiten Teilen extensiv genutzte Feuchtwiesen und -weiden geprägt. Diese im NSG (gleichzeitig Europäisches Vogelschutzgebiet) liegenden Flächen sind zu erhalten und ggf. weiter aufzuwerten. Im Folgenden werden die vom Landschaftsplan vorgesehenen Maßnahmen und Erfordernisse dargestellt:

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

- Wiedervernässung von Niedermoorböden
- Anlage von Ackerrandstreifen
- Umwandlung von Ackerflächen in Extensivgrünland (Sandtrockenrasen)
- Umwandlung von Ackerflächen in Extensivgrünland mit Pflanzung von hochstämmigen Obstbäumen (Streuobstwiesen)
- Umwandlung von Ackerflächen in Feuchtgrünland / Gewässerrandstreifen
- Vorrangige Umwandlung von Kiefernreinbeständen in naturnahe Waldbestände
- Anlage von Hecken
- Einbindung von Ortsrändern und Gewerbestandorten durch Gehölzpflanzungen
- Entsiegelung

Sonstige naturschutzfachliche Maßnahmen

- Anlage von Alleen
- Pflege und Nachpflanzung von Kopfweiden

Erfordernisse gegenüber der Landwirtschaft

- Beachtung der Grundsätze der guten fachlichen Praxis bei der landwirtschaftlichen Bodennutzung
- Schutz vorhandener Landschaftselemente (Hecken, Baumreihen und Einzelbäume)
- Bewirtschaftung der Ackerflächen im NSG „Beltziger Landschaftswiesen“
- Bewirtschaftung der Grünlandflächen im NSG „Beltziger Landschaftswiesen“
- Erhalt und Pflege von Grünlandflächen
- Erhalt von Flächen ohne Nutzung (Sukzession oder Pflege)

Erfordernisse gegenüber der Forstwirtschaft

- Erhalt naturnaher Laubwälder
- Umbau von Kiefernforsten in naturnahe Waldbestände

Erfordernisse gegenüber der Wasserwirtschaft

- Naturnahe Unterhaltung vorhandener Fließgewässer und Gräben
- Reduzierte Unterhaltung von Gräben
- Renaturierung von Fließgewässerabschnitten
- Anhebung der Gewässersohle von Gräben
- Umbau Sohlabsturz zu Sohlgleite

Erfordernisse gegenüber der Siedlungsentwicklung

- Erhalt unbebauter Ortsränder als Grünflächen
- Erhalt von Gehölzbeständen innerhalb von Siedlungsflächen (Sören Möller 2010)

Der **Landschaftsplan der Stadt Bad Beltzig** wurde erstellt im Juli 2009, zuletzt geändert im März 2011.

Das Leitbild für die Teillandschaft Beltziger Landschaftswiesen wird entsprechend den standörtlichen Verhältnissen auf zwei Entwicklungsziele hin differenziert:

- Die Niedermoorstandorte mit organogenen Böden werden durch hohe Grundwasserstände und extensive Grünlandwirtschaft zu einer Niederungslandschaft mit strukturreichem Feuchtgrünland entwickelt.
- Die höher gelegenen Bereiche mit mineralischen Böden werden in einem Mosaik aus Ackerflächen und extensiv genutzten Grünländern bewirtschaftet. Der Ackerbau ist auf diesen trockeneren Bereichen derzeit als standortgerecht zu betrachten. Er wird als nachhaltige, naturverträgliche Landwirtschaft fortgesetzt. Hier werden weiterhin gezielte Maßnahmen zur Optimierung des Lebensraumes für die Großtrappe durchgeführt.

Forstwirtschaft

- Erhalt und Pflege standortgerechter naturnaher Laub- und Laubmischwaldbestände
- Ökologischer Waldumbau nichtheimischer, naturferner Forsten

Landwirtschaft

- Umwandlung von Intensivacker in Dauergrünland auf Erdniedermoorböden
- Extensivierung von intensiver landwirtschaftlicher Nutzung (Acker/Grünland)
- Anlage und Pflege von Hecken, Windschutzstreifen, Feldgehölzen

Arten und Lebensgemeinschaften

- Erhalt und Entwicklung artenreicher Feuchtwiesen und –weiden
- Erhalt artenreicher Agrarlandschaft mit geeigneter Verteilung von Struktureichtum und Weiträumigkeit
- Erhalt, Pflege und ggf. Nachpflanzen landschaftsgliedernder Alleen/Baumreihen
- Anlage von Querungshilfen für Amphibien
- Erhalt und Entwicklung artenreicher Siedlungsstrukturen

Wasser

- Erhalt und Entwicklung von naturnahen, ökologisch durchgängigen Fließgewässerabschnitten mit ausreichend ausgebildeten Uferrandstreifen
- Reaktivierung / Sanierung von stehenden Gewässern
- Förderung der natürlichen Wasserstandsdynamik

6.3 Weitere relevante Fachplanungen sowie Planungen und Belange Dritter

6.3.1 Umweltvorsorge / Immissionen / Bodenschutz

Altablagerungen und Altstandorte

Im Geltungsbereich der Verfahrensgebietsabgrenzung befinden sich laut der Unteren Abfallbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark keine Altlasten. Folgende Altlasten bzw. Altlastenverdachtsflächen befinden sich unmittelbar angrenzend an das Verfahrensgebiet (LANDKREIS POTSDAM-MITTELMARK 2014):

Tabelle 5: Ablagerungen und Altstandorte

1.	0315692052	LPG (T) Planetal Lütte, Werkstatt u. Tankstelle
2.	0315692059	LPG Fredersdorf, Werkstatt
3.	0315690029	Sanierte Altablagerung (Südwestlich von Freienthal)

Kampfmittelverdachtsflächen

Konkrete Anhaltspunkte auf das Vorhandensein von Kampfmitteln im Verfahrensgebiet bestehen nicht. Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Munitionsfreigabebescheinigung beizubringen (intranet.vlf/Kampfmittelverdachtsflächen).

6.3.2 Ver- und Entsorgung

Leitungen

Die in den Grundbüchern eingetragenen Rechte von Leitungsbetreibern werden im Flurbereinigungsverfahren auf die neu zu bildenden Flurstücke übertragen.

Falls Bau- und Pflanzmaßnahmen im Rahmen des Verfahrens durchgeführt werden, werden die bekannten Leitungen und Kabel bei allen Planungsschritten berücksichtigt.

Die derzeit vorliegenden Daten stammen aus den Trägerbeteiligungen. Die Angaben haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Leitungen werden aufgrund des Maßstabes (1:10.000) nicht in der Karte 1 dargestellt.

Stellungnahmen der Leitungsträger

Im Verfahrensgebiet sind Leitungen und Anlagen der E.DIS Netz GmbH bekannt. Die eingetragenen Grunddienstbarkeiten sowie Leitungsrechte müssen weiterhin Bestand haben (E.DIS Netz GmbH 2024).

Bergbau

Das FBV Belziger Landschaftswiesen liegt vollständig innerhalb des gem. § 8 BBergG erteilten Bewilligungsfeldes Belzig-Nord B (22-1480), die der Aufsuchung und Gewinnung von Sole dient. Rechtsinhaber ist der Betreiber eines Freizeitbades in Belzig. Bei den Bergrechten handelt es sich nicht um einen flächenhaften Abbau von Rohstoffen. Die Gewinnung von Sohle erfolgt ausschließlich punktuell.

Nach Auskunft des LBGR liegen 2 Tiefenbohrungen an der südlichen Verfahrensgrenze zu denen ein Sicherheitsabstand von 25 m einzuhalten ist. Der Bohrpunkt Kb GolzBr 3/60 liegt nahe der Ortschaft Lütte außerhalb des Verfahrensgebietes. Bohrpunkt Kb Bg 2/59 liegt an der Kreisstraße 6928 zwischen Baitz und Schwanebeck an der Verfahrensgrenze (LBGR 2014, LBGR 2024).

6.3.3 Wasserwirtschaft

Grundwassermessstellen der Landesmessnetze

Es werden keine Angaben gemacht.

Hydrologische Messstellen

Es werden keine Angaben gemacht.

Berichtspflichtige Gewässer gem. Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Im Verfahrensgebiet befinden sich folgende nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtige oberirdische Gewässer.

- Hellbach – DE_RW_DEBB58682_446
- Belziger Bach – DE_RW_DEBB5864_170
- Baitzer Bach – DE_RW_DEBB58644_445
- Plane - DE_RW_DEBB586_43
- Plane – DE_RW_DEBB586_44
- Graben-A Freienthal – DE_RW_DEBB58638_444
- Graben B – DE_RW_DEBB586382_913
- Temnitz – DE_RW_DEBB5868_173

Diese Gewässer gehören zur Flußgebietseinheit Elbe. Für diese Flußgebietseinheit liegen ein Bewirtschaftungsplan und ein Maßnahmenprogramm vor. Der Bewirtschaftungsplan wurde zusammen mit den Maßnahmenprogrammen für das Land Brandenburg angenommen und von der Obersten Wasserbehörde per Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg, Nummer 50 vom 20.12.2021 für behördenverbindlich erklärt. Erforderliche Maßnahmen zur Zielerreichung gemäß WRRL sind im Maßnahmenprogramm im Anhang 5 – Maßnahmenplanung für Wasserkörper bzw. in den Wasserkörpersteckbriefen veröffentlicht. Folgende Ziele für die Flußgebietseinheit sind aufgeführt (FGG Elbe 2021, LFU Wasserwirtschaft 2024):

- Verbesserung der Gewässerstruktur,
- Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit,
- Reduzierung der Nährstoff- und Schadstoffeinträge,
- Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wassermanagement,
- Verminderung regionaler Bergbaufolgen,
- Berücksichtigung der Folgen des Klimawandels.

Im Maßnahmenprogramm sind folgende Maßnahmen benannt (FGG Elbe 2021):

- grundlegende Maßnahmen: Umsetzung gemeinschaftlicher Wasserschutzvorschriften (z.B. Badegewässerrichtlinie, Vogelschutzrichtlinie, Trinkwasserrichtlinie, Nitratrichtlinie...)
- ergänzende Maßnahmen: z.B. Rechtsinstrumente, Emissionsbegrenzung, Entnahmebegrenzung, Bauvorhaben, Sanierungsvorhaben, Forschungsvorhaben,

Zur Untersetzung des Maßnahmenprogrammes werden im Land Brandenburg für oberirdische Gewässer Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) erstellt. Das Plangebiet liegt in dem GEK-Gebiet „Plane-Buckau“.

Gewässerentwicklungskonzept (GEK)

Ziele der Maßnahmen des GEK Plane-Buckau (LUGV 2017) sind:

- Verbesserung der Strukturgüte von Fließgewässern,
- Stabilisierung des Mindestabflusses,
- Verbesserung der Durchgängigkeit von Fließgewässern,
- Reduzierung von Belastungen unterschiedlicher Ursachen,
- ökologische Ausrichtung der Gewässerunterhaltung zur Gewässerentwicklung.

Die Maßnahmenvorschläge (Stand 2017) wurden im Rahmen der Machbarkeitsstudie (2020) aufgegriffen und modifiziert (LFU Wasserwirtschaft 2024).

Landeskonzept zur ökologischen Durchgängigkeit der Fließgewässer Brandenburgs

Die Plane wurde im Landeskonzept zur ökologischen Durchgängigkeit als überregionales Vorranggewässer ermittelt. Die Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit ist von höchster fischökologischer Bedeutung (Priorität 1). Gemäß dem Landeskonzept sind der Plane zwei Fischregionen zugeordnet (Tiefland-Forellenregion und Tiefland Forellenregion im Übergang zur Bleiregion) (Wasserblick 2022, LUA 2010). Das Landeskonzept wurde nun durch regionale Vorranggewässer (Baitzer Bach, Belziger Bach, Hellbach) ergänzt (LFU Naturschutz und Brandenburger Naturlandschaften 2025).

Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (HWRM-RL) + Regionale Maßnahmenplanung

Ziel der HWRM-RL ist es, hochwasserbedingte Risiken für die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten zu verringern und zu bewältigen (LfU 2023). Im Rahmen der Regionalen Maßnahmenplanung Brandenburg, die den Hochwasserrisikomanagementplan Elbe mit Maßnahmen untersetzt, wurde folgende Maßnahme für die Belziger Landschaftswiesen erarbeitet, um das Hochwasserrisiko in diesem Raum zu reduzieren:

- RMP-ID: H3_00002_00005: Erhalt der Flächen der Belziger Landschaftswiesen als Retentionsraum im Bereich der Gemeinde Planebruch. Durch die Retentionswirkung und damit die Reduzierung der Wasserstände weist die Maßnahme eine große Wirkung auf die Reduzierung der Hochwassergefährdung auf. Ziel ist die Erhöhung des Hochwasserrückhalts an Gräben und natürlichen Fließgewässern und dadurch Dämpfung des Hochwasserabflusses. Der Retentionsraum im Bereich der Gemeinde Planebruch soll erhalten werden (LFU Wasserwirtschaft 2024).

Landesniedrigwasserkonzept Brandenburg

Seit 2021 liegt für das Land Brandenburg ein Landesniedrigwasserkonzept vor.

„Das Landesniedrigwasserkonzept bietet als ein Bestandteil des künftigen Gesamtkonzeptes zur Anpassung an den Klimawandel im Politikfeld Wasser den Rahmen und die Struktur für nachhaltiges Niedrigwassermanagement (Vorsorge und Management) in Brandenburg und schafft die Voraussetzungen für systematisches und wirksames Handeln in den Flussgebieten Brandenburgs.“ (MLUK 2021)

Auf einer nächsten Bearbeitungsebene werden für die 16 Flussgebiete in Brandenburg flussgebietsbezogene Niedrigwasserkonzepte erarbeitet. Dabei werden die flussgebietsbestimmenden hydrologischen und wasserwirtschaftlichen Gegebenheiten und Besonderheiten berücksichtigt, um so angepasste Vorsorgemaßnahmen festzulegen und Managementpläne zu erarbeiten.

Das Landesniedrigwasserkonzept sieht hierbei auch das fachübergreifende Handeln als wichtigen Punkt an, um bei der Niedrigwasservorsorge voran zukommen.

So können im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren Maßnahmen der Niedrigwasservorsorge durch eigentumsrechtliche Neuordnung unterstützt werden.

Das Flurbereinigungsverfahren liegt im Flussgebiet Plane-Buckau. Für dieses Gebiet liegt noch kein flussgebietsbezogenes Niedrigwasserkonzept mit konkreten Maßnahmen vor.

6.3.4 Natur und Landschaft

Machbarkeitsstudie „Belziger Landschaftswiesen“

Die Machbarkeitsstudie zur Umsetzung von Maßnahmen zur Gewässerentwicklung und zum Moorschutz liegt seit 2020 vor. In der Studie wurden Maßnahmenvorschläge für die Gewässerentwicklung und den Moorschutz auf Machbarkeit geprüft und mit den Belangen von Natura 2000, Trappenschutz, Hochwasserschutz und anderen abgestimmt.

Handlungsbedarf wird vor allem bei der Gewässerstrukturgüte, der Durchgängigkeit der Gewässer, dem Hydrologischen Zustand und dem Moorzustand gesehen. Im Ergebnis der Abstimmungen wurde eine Vorzugsvariante definiert, die folgende Ziele und Maßnahmen vorsieht.

Gewässerentwicklung:

Für die berichtspflichtigen Gewässer des Gebietes wurden Entwicklungskorridore (EWK) festgelegt (EWK Plane 80,43 ha; Baitzer Bach 38,50 ha; Belziger Bach 35,65 ha; Hellbach 21,09 ha; Temnitz 4,5 ha) in denen die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

- Herstellung neuer Gewässerläufe mit einem tykonformem Querprofil (Aufweitung Gerinne, Sohlaufhöhung) gemäß LAWA Typen,
- Profilierung/ Initialisierung von Nebengerinnen,
- Stilllegung bzw. weitgehende Verfüllung der alten Gerinne mit dem Erhalt als Nebengerinne bzw. Seitenstichen als potenzielles Altgewässer (z.B. Laichhabitat) bzw. als weiteres Hochwasserabflussprofil,
- Einbringen von Strukturelementen (Totholz, Wurzelstubben, Unterstände, Ausfachungsbühnen, Inseln),
- Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit,
- Anlage eines gruppenförmigen Gehölzsaumes,
- Entwicklung von Auenwald (Erlenbruchwälder).

Zusätzliche Anmerkungen zur Vorzugsvariante für den **Hellbach**:

- Reduzierung des Entwicklungskorridors auf Windschutzstreifen (15 bis 20 m),
- Maßnahmen vor allem innerhalb des Gewässers (Struktureinbauten, Bühnen, etc.),
- Ersatz der nicht mehr funktionstüchtigen Stauanlagen durch Sohlschwellen,
- Schließung des vorhanden Durchlasses Stat.1+888,
- Ersatzneubau Rohrdurchlässe.

Zusätzliche Anmerkungen zur Vorzugsvariante für die **Temnitz**:

- Hauptfunktion als Hochwasserumleiter bleibt bestehen,
- keine Sohlauhebung wegen einmündenden Kohlgrabens sowie einmündender Dränagen,
- keine Gewässerentwicklung,
- Entwicklungskorridor reduziert auf vorhandene Gewässerrandstreifen/ Windschutzstreifen,
- Instandsetzung Wehr Lütte.

Berücksichtigung des Trappenschutzes

- Sichtschneisen im Bereich der Gehölzstreifen mit kleinwüchsigen Baum - und Straucharten auf 1000 m,
- an den kleineren Gewässern (Hellbach, Belziger Bach und Baitzer Bach) generell kleinwüchsige Strauchweiden,
- langfristiger Umbau der Hybridpappeln.

Berücksichtigung des Hochwasserschutzes

- Schutzziel HQ 5 ist zu gewährleisten,
- punktuell neue Verwallung am Rand des Entwicklungskorridores,
- keine Beeinträchtigungen der Ortslagen (LfU 2020).

Moorschutz:

Maßgeblich für den Schutz des Moorkörpers und damit einhergehend der langfristigen Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzung ist die Ertüchtigung der zahlreichen Stauanlagen.

- Neubau von 5 Staubauwerke und Sanierung der bestehenden Staubauwerke,
- Stauziel mind. 4 dm unter Flur (im Havariefall kann auf 6 dm unter Flur abgesenkt werden).

Pflege- und Entwicklungsplan Naturpark Hoher Fläming

Der im Jahr 2006 aufgestellte Pflege- und Entwicklungsplan Naturpark Hoher Fläming wird mit den FFH- Managementplanungen der FFH- Gebiete „Baitzer Bach“, „Plane Oberlauf“ und „Belziger Bach“ derzeit fortgeschrieben. Der Pflege- und Entwicklungsplan (PEP) übernimmt in Natura 2000-Gebieten die Funktion von Bewirtschaftungsplänen im Sinne von § 32 Absatz 5 des BNatSchG, bis neuere Managementpläne vorliegen (LFU N5 2024). Laut PEP werden zwei Entwicklungsziele benannt:

- Die Niedermoorstandorte mit organogenen Böden werden durch hohe Grundwasserstände und extensive Grünlandwirtschaft zu einer Niederungslandschaft mit strukturreichem Feuchtgrünland entwickelt.
- Die höher gelegenen Bereiche mit mineralischen Böden werden in einem Mosaik aus Ackerflächen und extensiv genutzten Grünländern bewirtschaftet. Der Ackerbau wird als nachhaltige, naturverträgliche Landwirtschaft fortgesetzt (LFU 2006).

Natura 2000 Managementplanungen

Die FFH- Managementplanung für den „Baitzer Bach“ liegt mit Stand 08.07.2024 vor (LFU 2025). Für die innerhalb des Verfahrensgebietes gelegenen Bereiche „Belziger Bach“ und „Plane Oberlauf“ wurde im Februar 2023 mit der Erarbeitung der entsprechenden Managementplanungen für diese Europäischen Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH) begonnen. Die ersten Entwürfe liegen inzwischen vor (Stand 09/2025). Die Endfassungen werden 2026 fertig gestellt. Es wurden folgende Ziele der Managementplanungen formuliert:

- Erstellung von Bewirtschaftungsplänen für FFH-Gebiete nach Artikel 6 der FFH-Richtlinie
- Konkretisierung der Erhaltungsziele
- Formulierung von Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes, inkl. Abstimmungen mit Behörden, Flächeneigentümern und Landnutzern

- sowie Förderung der Akzeptanz und des Engagements für die Umsetzung von Maßnahmen für Lebensräume und Arten (LFU 2023, LFU N5 2024).

Maßnahmen zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes

Im Projektgebiet Belziger Landschaftswiesen – Teil II Teilvorhaben „Großer Kanal“ ist die Instandsetzung von 42 Kleinstauanlagen vom WBV bereits umgesetzt.

6.3.5 Tourismus

Im Naturpark mit den Belziger Landschaftswiesen findet gesteuerte, naturverträgliche Erholungsnutzung statt. Zum einen sind dabei Spaziergänger aus der engeren Umgebung zu nennen, zum anderen gibt es durch das bekannte Vorkommen der Großtrappe einen ausgeprägten Tourismus ornithologisch Interessierter (LFU 2006). Mit dem Rad sind die Belziger Landschaftswiesen über den Fernradwanderweg R1 mit der identisch verlaufenden „Tour Brandenburg“ zu erleben.

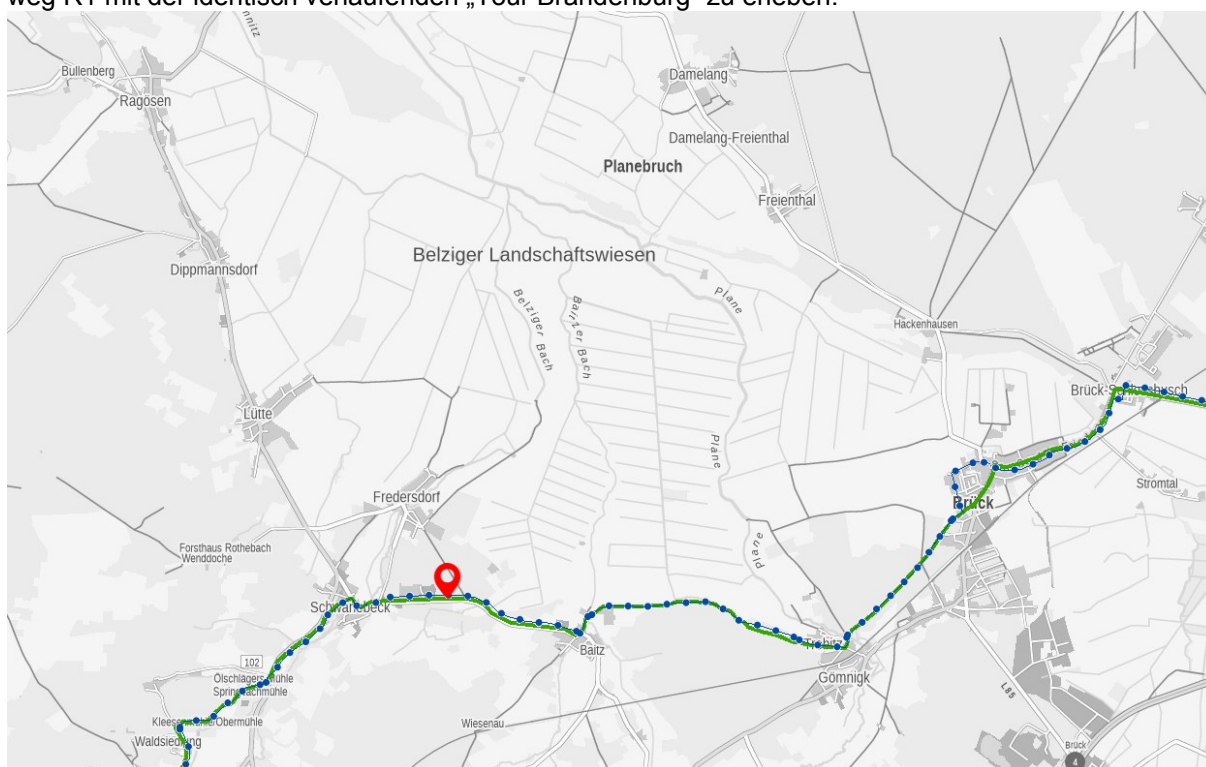


Abbildung 11: Übersicht Radwegerouten (Geoportal Landkreis Potsdam-Mittelmark 2025)

6.3.6 Infrastruktur

Lage- und Höhenfestpunkte

Im Verfahrensgebiet befinden sich keine ausdrücklich schützenswerten Festpunkte (Geodätische Grundnetzpunkte, Höhenfestpunkte 1. Ordnung, Schwerefestpunkte 1. Ordnung, SAPOS-Referenzstationen). Die übrigen im Verfahrensgebiet befindlichen Festpunkte sind häufig durch Schutzsäulen mit dem Hinweisschild „Geodätischer Festpunkt“ gesichert. Sie dürfen (nur) unter der Voraussetzung entfernt werden, dass sie der geplanten Maßnahme entgegenstehen. In diesen Fällen erfolgen durch die LGB keine Erneuerungs- und Erhaltungsmaßnahmen (LGB 2024).

7 Schutzgebiete / geschützte Objekte

7.1 Europäische Schutzgebiete

Zu europäischen Schutzgebieten gehören alle Natura-2000-Gebiete, die sich in Fauna-Flora-Habitat (FFH) Gebiete und Special Protected Area (SPA - Vogelschutzgebiete) Gebiete unterscheiden.

Im Verfahrensgebiet befinden sich 1 SPA- Gebiet und 3 FFH- Gebiete.

SPA [DE 3341-401](#) „Unteres Rhinluch/Dreetzer See, Havelländisches Luch und Belziger Landschaftswiesen“

Das Verfahrensgebiet befindet sich fast vollständig im genannten Europäischen Vogelschutzgebiet. Ausgenommen ist ein kleiner Bereich östlich von Dippmannsdorf sowie ackerbaulich genutzten Bereiche an der südlichen und östlichen Verfahrensgrenze.

Das Vogelschutzgebiet besteht aus 3 Teilgebieten. Neben den Belziger Landschaftswiesen gehören zu diesem Schutzgebiet das nördlich gelegene Havelländische Luch sowie das Untere Rhinluch und der Dreetzer See (weitere Ausführungen siehe Anlage 1 – Teil C; BFN 2014).

FFH [DE 3842-301](#) „Plane Oberlauf“

Das Schutzgebiet quert das Verfahrensgebiet von Süd nach Nord.

Die Plane ist ein weitgehend naturnahes, außerordentlich repräsentatives Fließgewässer mit einer für Brandenburg einmaligen reichhaltigen Gewässerfauna.

Wertgebende Lebensraumtypen sind Feuchte Hochstaudenfluren, Magere Flachland-Mähwiesen, Erlen-Eschen- und Weichholzauenwälder, Fließgewässer mit flutender Wasservegetation und Subkontinentale basenreiche Sandrasen. Die wertgebenden Arten sind Biber, Fischotter, Großes Mausohr, Bachneunauge, Kammmolch und Schmale Windelschnecke (BFN 2014).

FFH [DE 3841-301](#) „Belziger Bach“

Das Schutzgebiet quert das Verfahrensgebiet von Süd nach Nord.

Der Belziger Bach ist ein sommerkalter, stark mäandrierender Bach mit typischer Gewässerfauna und -flora.

Wertgebende Lebensraumtypen sind Feuchte Hochstaudenfluren, Magere Flachland-Mähwiesen, Erlen-Eschen- und Weichholzauenwälder, Fließgewässer mit flutender Wasservegetation und Pfeifengraswiesen auf kalkreichen, torfigen und tonig-schluffigen Böden. Die wertgebenden Arten sind der Fischotter, der Kammmolch, das Bachneunauge und die Große Moosjungfer (BFN 2014).

FFH [DE3742-301](#) „Baitzer Bach“

Das Schutzgebiet quert das Verfahrensgebiet von Süd nach Nord.

Der Baitzer Bach ist ein Bachlauf innerhalb der Grünlandflächen der Belziger Landschaftswiesen.

Wertgebende Lebensraumtypen sind Erlen-Eschen- und Weichholzauenwälder, Feuchte Hochstaudenfluren und Fließgewässer mit flutender Vegetation. Die wertgebenden Arten sind Fischotter, Bachneunauge und europäischer Schlammpeitzger (BFN 2014).

Im Bereich des Verfahrensgebietes sind die Bäche „Plane Oberlauf“, „Belziger Bach“ und „Baitzer Bach“ stark begradigt und im Trapezprofil ausgebaut worden, sodass umfangreiche Maßnahmen zur Erreichung eines günstigen Erhaltungsgrades der Lebensräume des Anhangs I und Arten des Anhangs II von gemeinschaftlichem Interesse nötig werden (LFU N5 2024).

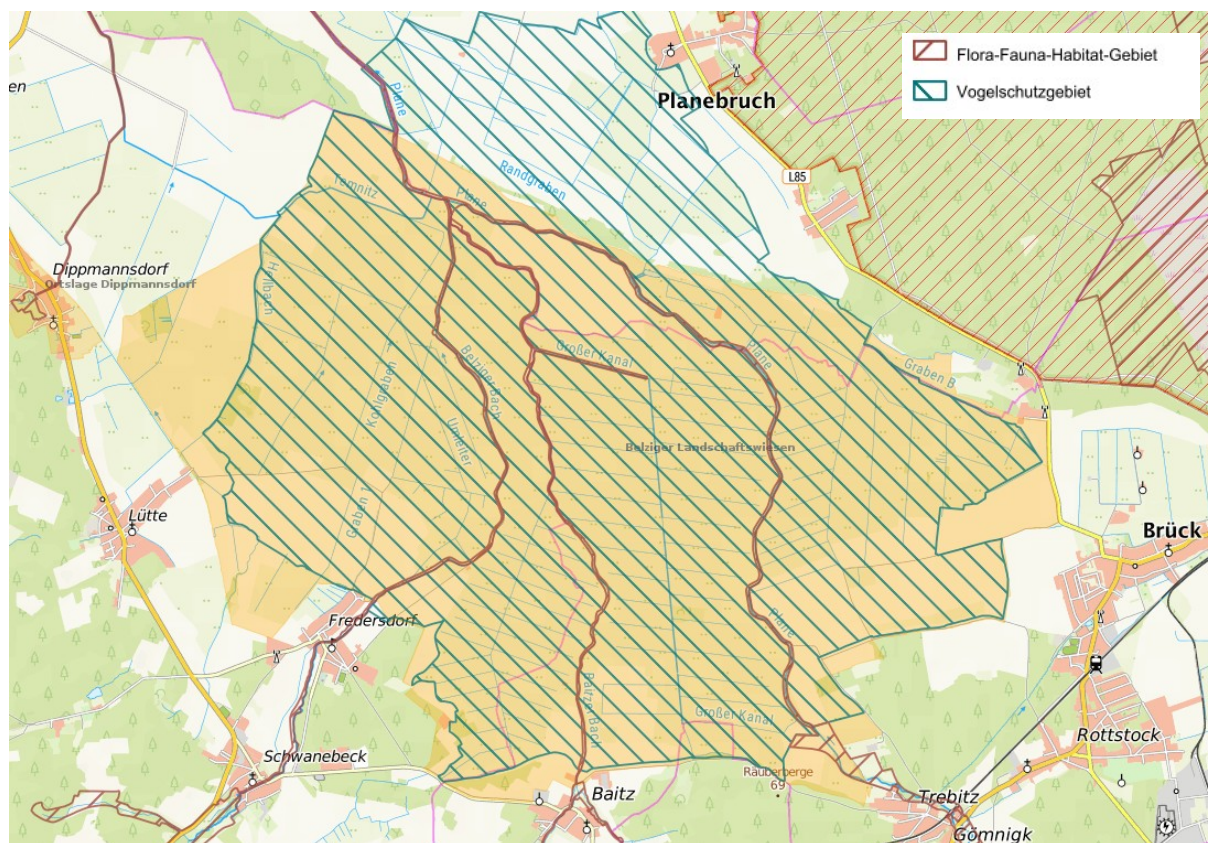


Abbildung 12: Übersicht Natura-2000-Gebiete (GeoBox Viewer 2025)

7.2 Schutzgebiete gemäß Bundesnaturschutzgesetz

Naturschutzgebiet (NSG) „Belziger Landschaftswiesen“

Das Verfahrensgebiet befindet sich fast ausschließlich im NSG Belziger Landschaftswiesen. Ausgenommen vom Schutzgebiet ist ein kleiner Bereich östlich von Dippmannsdorf. Die Grenzen sind bis auf wenige Ausnahmen deckungsgleich mit den Grenzen des oben genannten Vogelschutzgebietes. Innerhalb des Naturschutzgebietes sind Zonen mit unterschiedlichen Beschränkungen der Nutzung festgesetzt.

Die Schutzgebietsausweisung dient der Erhaltung und Entwicklung der oben genannten europäischen Schutzgebiete. Der Schutzstatus nach der europäischen Vogelschutzrichtlinie bzw. FFH-Richtlinie wird somit in nationales Recht umgesetzt (weitere Ausführungen unter anderem zum Schutzzweck siehe Anlage 1 – Teil C).

Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“

Das Verfahrensgebiet befindet sich vollständig im LSG „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“ (weitere Ausführungen siehe Anlage 1 – Teil C).

Naturpark Hoher Fläming

Wie das LSG „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“ umfasst der Naturpark das gesamte Verfahrensgebiet. Mehr Informationen zum Naturpark siehe Anlage 1 – Teil C.

Geschützte Biotope gem. § 30 BNatSchG bzw. § 18 BbgNatSchAG

Im Verfahrensgebiet befinden sich eine Vielzahl flächenhafter, linienhafter und punktuell geschützter Biotop. Ein Großteil des Verfahrensgebietes befindet sich unter dem genannten Schutzstatus, wobei die Feuchtwiesen und -weiden flächenmäßig den größten Anteil haben.

Im Folgenden werden exemplarisch weitere im Verfahrensgebiet befindliche, geschützte Biotop aufgeführt:

- Weidengebüsche nährstoffreicher Standorte (östlich von Dippmannsdorf),
- Brennessel Schwarzerlenwald (nordöstlich von Lütte),
- Seggenriede (östlich und südlich von Dippmannsdorf),
- Gewässer in Torfstichen (nördlich von Baitz),
- Rohrglanzgrasröhricht (nördlich von Baitz).

Geschützte Landschaftsbestandteile (GLB) gem. § 29 BNatSchG

Gemäß der "Verordnung des Landkreises Potsdam-Mittelmark zum Schutz der Bäume und Feldgehölze als geschützte Landschaftsbestandteile vom 29.11.2011" fallen folgende Gehölze / Gehölzstrukturen unter den Schutz des § 29 BNatSchG:

- Bäume mit einem Stammumfang von mindesten 60 cm,
- Feldgehölze außerhalb der Siedlungsbereiche mit einer zusammenhängend überdeckten Grundfläche von mehr als 20 m²,
- Alle Gehölze, die aus landeskulturellen Gründen, als Kompensationsmaßnahme im Rahmen der Eingriffsregelung oder als Ersatz nach einer Gehölzschutzregelung gepflanzt wurden.

Geschützte Landschaftsbestandteile anderer Art oder Umfanges sind nicht bekannt.

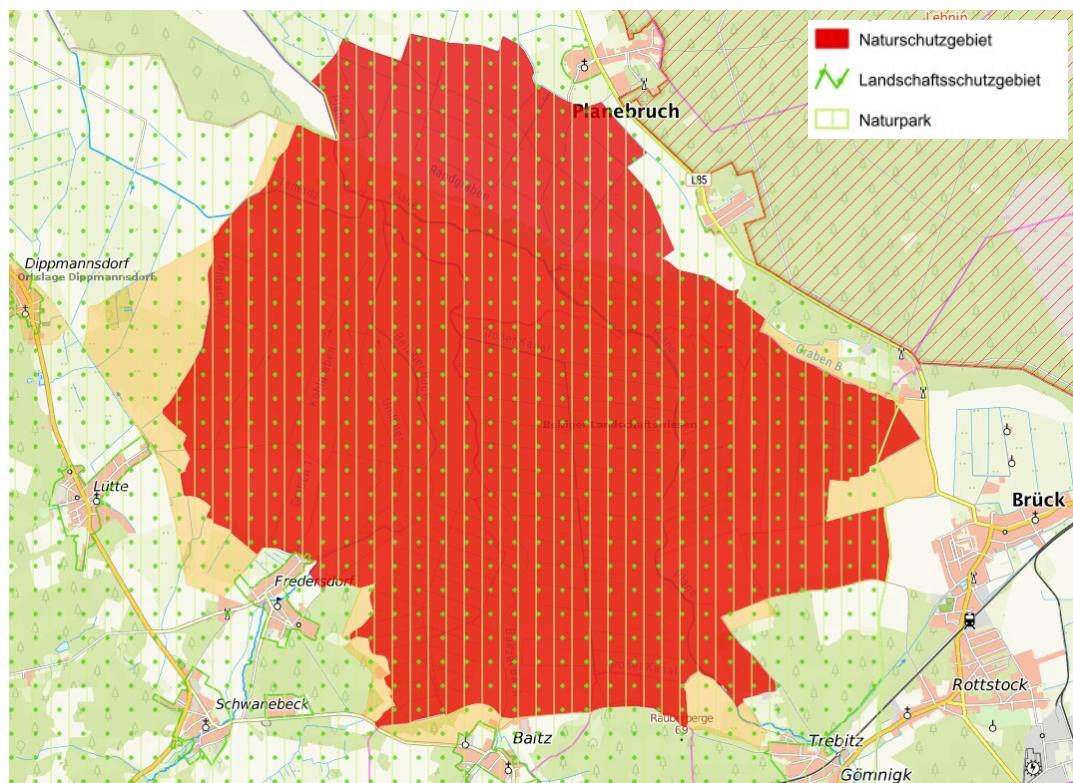


Abbildung 13: Übersicht NSG, LSG, Naturpark (GeoBox Viewer 2025)

7.3 Objekte nach Brandenburgischem Denkmalschutzgesetz

Bodendenkmale

Im Verfahrensgebiet befinden sich 14 ausgewiesene und vier in Bearbeitung stehende Bodendenkmale (siehe Karte 1). Das Fachamt ist zu beteiligen, sobald Maßnahmen geplant werden, die mit Erdarbeiten verbunden sind.

Aufgrund der besonderen hydrologischen Verhältnisse im Feuchtbodenbereich der Belziger Landschaftswiesen, diverser dort befindlichen Flüssen und Bächen sowie dort vorliegender steinzeitlicher Einzelfunde, gelten diese Flächen grundsätzlich (auch außerhalb von Bodendenkmalen) als bevorzugte archäologische bzw. steinzeitliche Siedlungs- und Nutzungsgebiete. Daher werden bei einer konkreten Planungsumsetzung die auf Feuchtbodenarchäologie spezialisierten Referenten Auskunft erteilen (BLDAM 2024).

Baudenkmäler

Im Verfahrensgebiet befinden sich keine Baudenkmäler.

7.4 Objekte nach dem Brandenburgischem Wassergesetz

Wasserschutzgebiete

Es sind im Verfahrensgebiet keine Schutzgebiete gemäß Wassergesetzgebung (Trinkwasserschutzzonen und Trinkwasservorbehaltsgebiete) vorhanden.

Überschwemmungsgebieten entsprechend §76 Abs. 2 Satz 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

Das Verfahrensgebiet liegt in einem Hochwasserrisikogebiet eines HQ100. Auf der Grundlage des HQ100 wird in den nächsten Jahren die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten gemäß §100 BbgWG und §76 WHG erfolgen. Das Festsetzungsverfahren erfolgt durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK). In festgesetzten Überschwemmungsgebieten gelten die Vorschriften gemäß § 78 und § 78a und § 78c WHG. Es sollten keine Entscheidungen getroffen werden, die einer Festsetzung entgegenstehen (LFU Wasserwirtschaft 2024).

Hochwasserrisikogebiet entsprechend 73 Abs. 1 Satz 1 WHG

Die Plane, die Temnitz und der Belziger Bach sind im aktuellen Zyklus der Umsetzung der EU-HWRM-RL als Gewässer mit Hochwasserrisiko identifiziert worden. Das Gebiet der Belziger Landschaftswiesen liegt nahezu vollständig in einem Hochwasserrisikogebiet (HQ100, HQExtrem) entsprechend §73 Abs. 1 Satz 1 WHG. Bei Bauvorhaben in Risikogebieten gelten die Maßgaben nach §78b WHG, die Bauweise muss an das Hochwasser angepasst sein. Zudem ist während der Bauphase ein schadloser Wasserabfluss zu gewährleisten. Die Hochwassersituation darf sich nicht verschlechtern (LFU Wasserwirtschaft 2024).

8 Bestandsaufnahme und Bewertung

8.1 Landwirtschaft

8.1.1 Eigentums- und Grundstücksverhältnisse

Die Auswertung der Angaben des Liegenschaftskatasters ergibt für das Verfahrensgebiet eine graphisch ermittelte Größe von 4.294 ha. Diese Fläche verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen charakteristischen Eigentümergruppen:

Tabelle 6: Verteilung des Flächeneigentums im Verfahrensgebiet (Grafikfläche)

Eigentümer/ Eigentumsform	Fläche im Verfahren (ha)	Anteil zur Gesamtfläche ≈
Bund	3,93	0,09 %
Land	1.223,15	28,49 %
Kreis	0,01	0,00 %
Stadt / Gemeinde	155,59	3,62 %
Kirche	177,27	4,13 %
Verbände / Vereine / Stiftungen	168,43	3,92 %
BVVG	22,52	0,52 %
Juristische Personen	408,56	9,52 %
Privateigentümer / -gemeinschaften	2.134,27	49,71 %
Gesamtgröße des Verfahrens	4293,73	100 %

Zum öffentlichen Grundeigentum (juristische Personen des öffentlichen Rechts) zählen alle Flächen, welche sich in unmittelbarem Eigentum der öffentlichen Hand und der Kirche befinden. Zusammen beträgt dieses Eigentum zirka 36,3 % (ca. 1.560 ha) der Verfahrensfläche. Der Anteil des privaten Eigentums (nat. Person) an der Verfahrensfläche beträgt ca. 49,7 % (2.134 ha).

Das Verfahrensgebiet umfasst 7.361 Flurstücke von denen sich 3.209 Flurstücke in privatem Eigentum befinden. Insgesamt sind 734 private Eigentümer am Verfahren beteiligt. Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht die Verteilung der Flurstücke auf die einzelnen privaten Eigentümer und Eigentümergemeinschaften.

Tabelle 7: Verteilung des Privateigentums im Verfahrensgebiet

Anzahl Flurstücke	Anzahl Eigentümer/ -gemeinschaften	Fläche In ha	Flächenanteil In %
1	284	216,8	10,2
2	118	150,3	7,0
3	66	116,7	5,5
4	50	108,3	5,1
5	35	110,1	5,2
6	34	105,4	4,9
7	35	187,0	8,8
8	16	91,6	4,3
9	13	83,2	3,9
10	12	71,1	3,3
11	17	134,0	6,3
12	13	110,7	5,2
13	7	71,0	3,3
14	9	93,0	4,4
15	3	29,6	1,4
17	3	32,7	1,5
18	2	32,9	1,5
19	2	29,0	1,4
20	2	32,4	1,5
22	2	28,6	1,3
27	2	43,0	2,0
28	1	19,4	0,9
29	1	22,3	1,0
30	1	24,9	1,2
32	1	20,8	1,0
46	1	29,9	1,4
> 50	4	139,5	6,5
Summe:	734	2134,2	100

Zirka 39 % der privaten Eigentümer des Verfahrensgebietes besitzen nur ein, ca. 16% nur zwei Flurstücke. 45% des privaten Grundeigentums befindet sich im Besitz von Eigentümern mit mehr als zwei Flurstücken. Die durchschnittliche Flurstücksgröße im Verfahren beträgt 0,58 ha.

8.1.2 Bewirtschaftungsstruktur und Pachtverhältnisse

Im Verfahrensgebiet wirtschaften insgesamt 47 Bewirtschafter, 34 sind im Haupterwerb und 13 im Nebenerwerb tätig.

Tabelle 8: Bewirtschafter im Verfahrensgebiet (INVEKOS-Daten, 2021)

Lfd.-Nr.	BW Nr. (vlf)	Rechtsform	Bewirtschaftete Fläche ges. in ha	% der Bewirtschafteten Fläche
1	1	Eingetragene Genossenschaft/Gemischtbetrieb	586,69	14,86
2	2	Gesellschaft mit beschränkter Haftung/Gemischtbetrieb	77,53	1,96
3	3	Gesellschaft mit beschränkter Haftung/Sonstiges	531,21	13,46
4	4	Eingetragene Genossenschaft/Gemischtbetrieb	40,73	1,03
5	5	Eingetragene Genossenschaft/Marktfruchtbetrieb (Pfl.)	263,00	6,66
6	6	Haupterwerb Landwirtschaft/Schäfer	15,38	0,39
7	8	Haupterwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	13,33	0,34
8	9	Nebenerwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	8,34	0,21
9	11	Haupterwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	21,60	0,55
10	12	Gesellschaft bürgerlichen Rechts/Gemischtbetrieb	315,12	7,98
11	13	Haupterwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	6,67	0,17
12	15	Nebenerwerb Landwirtschaft/Marktfruchtbetrieb(Pfl.)	0,69	0,02
13	17a	Gessellschaft mit beschränkter Haftung/Gemischtbetrieb	139,29	3,53
14	17b	Eingetragene Genossenschaft/Gemischtbetrieb	13,55	0,34
15	18a	Komanditgesellschaft/sonstiges	51,32	1,30
16	18b	Gesellschaft bürgerlichen Rechts/Sonstiges	165,22	4,19
17	19	Gesellschaft bürgerlichen Rechts/Futterbaubetrieb	144,96	3,67
18	20	GmbH & Co.KG/Sonstiges	14,21	0,36
19	21	Nebenerwerb Landwirtschaft/Marktfruchtbetrieb(Pfl.)	7,90	0,20
20	22a	Eingetragene Genossenschaft/Gemischtbetrieb	24,59	0,62
21	22b	Gesellschaft mit beschränkter Haftung/Gemischtbetrieb	22,73	0,58
22	23	Nebenerwerb Landwirtschaft/Marktfruchtbetrieb(Pfl.)	13,45	0,34
23	24	Nebenerwerb Landwirtschaft/Sonstiges	131,84	3,34
24	25	Haupterwerb Landwirtschaft/Veredlungsbetrieb(T)	444,34	11,26
25	26	Nebenerwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	47,74	1,21
26	27	Haupterwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	35,29	0,89
27	28	Nebenerwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	127,21	3,22
28	29	GmbH & Co.KG/Gemischtbetrieb	125,05	3,17
29	30	Nebenerwerb Landwirtschaft/Veredlungsbetrieb(T)	5,80	0,15
30	32	Haupterwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	4,50	0,11
31	33	Nebenerwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	16,15	0,41
32	34	Haupterwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	99,14	2,51
33	35	Nebenerwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	1,28	0,03
34	36	Haupterwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	56,77	1,44
35	37	Nebenerwerb Landwirtschaft/Marktfruchtbetrieb(Pfl.)	18,20	0,46
36	38	Gesellschaft bürgerlichen Rechts/Gemischtbetrieb	3,35	0,08
37	39	Nebenerwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	2,39	0,06
38	43a	Haupterwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	37,67	0,95
39	43b	Haupterwerb Landwirtschaft/Gemischtbetrieb	27,20	0,69
40	45	Nebenerwerb Landwirtschaft/Marktfruchtbetrieb(Pfl.)	63,91	1,62
41	51	Nebenerwerb Landwirtschaft/Sonstiges	38,62	0,98
42	52	Gesellschaft bürgerlichen Rechts/Marktfruchtbetrieb(Pfl.)	12,04	0,30
43	54	Nebenerwerb Landwirtschaft/Marktfruchtbetrieb(Pfl.)	31,71	0,80
44	55	Sonstige natürliche Person/Sonstige	125,22	3,17
45	58	Haupterwerb Landwirtschaft/Veredlungsbetrieb(T)	5,57	0,14
46	61	GmbH & Co.KG/Marktfruchtbetrieb(Pfl.)	9,39	0,24
Summe:			3947,89	100,00

Insgesamt wird eine Fläche von insgesamt ca. 3.948 ha bewirtschaftet bzw. beantragt (INVEKOS Daten, 2021). Von dieser stehen ca. 74 % in Dauergrünland- und ca. 26 % in Ackernutzung.

Die Bewirtschaftung ist angepasst an die natürlichen Gegebenheiten und daher stark extensiviert. Nur auf den höher gelegenen Randbereichen bzw. auf den Standorten mit mineralischen Böden wird eine intensive Landwirtschaft in Form von Ackernutzung betrieben.

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind gegliedert durch Gräben, Wege und Gehölzreihen. In den Gehölzreihen befinden sich überständige Pappeln die bei Sturm regelmäßig auf die Nutzflächen kippen.

Die Bewirtschaftungsflächen ergeben sich aus eigenen sowie angepachteten Flächen. Zirka 80 % der gesamt bewirtschafteten Fläche wird von lediglich 12 Betrieben bewirtschaftet, jeder dieser Betriebe bewirtschaftet eine Fläche von mehr als 100 ha im Verfahren. Von den 35 übrigen Betrieben sind 19 Betriebe auf einer Fläche von unter 20 ha tätig. Betriebe, die nur einen geringen Anteil an der Bewirtschaftungsfläche im Flurbereinigungsgebiet haben, besitzen ihre Hauptbewirtschaftungsflächen oft außerhalb.

8.2 Forstwirtschaft

Forstwirtschaftlich genutzte Flächen befinden sich ausschließlich im südlichen und westlichen Verfahrensgebiet. Die Forstflächen haben einen Flächenanteil von lediglich 2 %. Die Hauptbaumart ist die Kiefer in unterschiedlichen Altersklassen. Weiter befinden sich im Verfahrensgebiet Waldflächen (Erlenbruchwälder), die forstwirtschaftlich nicht oder kaum genutzt werden.

8.3 Jagd

Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Verfahrensgebietes für den Schutz bodenbrütender Vogelarten ist die Jagd insbesondere in Hinblick auf die Beutegreifer von Bedeutung. Diese werden im Gebiet intensiv bejagt. So liegt beim Fuchs die Jagdstrecke deutlich über dem Landesdurchschnitt. Um im gesamten Gebiet der Belziger Landschaftswiesen eine abgestimmte Bejagung der Bestände jagdbarer Tierarten zu erreichen, wurde die „Hegegemeinschaft Großtrappe Belziger Landschaftswiesen“ gegründet. Der Jagd kommt hier daher eine unterstützende Funktion bei der Umsetzung von Naturschutzziele zu (LFU 2006).

In dem Verfahrensgebiet befinden sich insgesamt 3 jagdliche Hegegemeinschaften (Geoportal Landkreis Potsdam-Mittelmark 2025).

8.4 Fischerei

Der Fischerei stehen in Verfahrensgebiet kaum stehende Gewässer zu Verfügung.

8.5 Straßen- und Wegenetz

Die westliche Verfahrensgebietsgrenze verläuft östlich der Bundesstraße B102 von Dippmantsdorf bis Höhe Fredersdorf. Ein Abschnitt der südlichen Verfahrensgebietsgrenze, westlich Baitz schließt direkt an die Kreisstraße K6928 an. Die östliche Verfahrensgebietsgrenze verläuft direkt an die Landesstraße L85. Im Verfahrensgebiet befinden sich gemäß ATKIS-Daten (AdV 2008) zahlreiche Wege, welche als Verbindungs- und Wirtschaftswege dienen.

Im Naturschutzgebiet sind alle Wege und Brücken für den öffentlichen Verkehr gesperrt (vgl. §4 (2) Nr. 11 NSG-VO in Verbindung mit der Tatsache, dass es im Verfahrensgebiet keinerlei öffentlich gewidmete Wege oder Straßen gibt).

An der südlichen Verfahrensgrenze verläuft ein bestehender Radweg von Schwanebeck kommend, nördlich der K6928, über Baitz bis nach Trebitz.

Tabelle 9: Wegenetz nach ATKIS Basis-DLM (AdV 2008) und eigener Quellen (vlf 2014)

Wege	Länge
Hauptwirtschaftsweg, Verbindungsweg (Fahrweg)	15,60 km
Wirtschaftsweg (Feld-, Waldweg)	88,20 km
Gesamtlänge	103,80 km

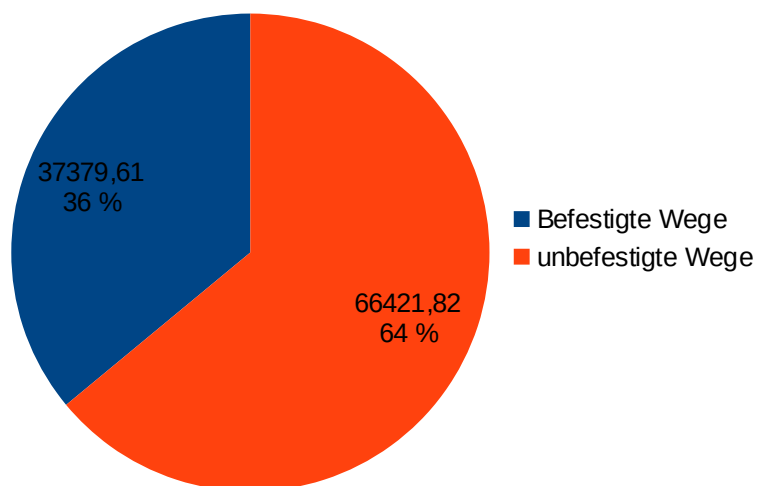


Abbildung 14: prozentuale Anteile von befestigten und unbefestigten Wegen (in Meter)

Die Wege sind mehrheitlich unbefestigt. Der geringere Anteil an Wegen im Verfahrensgebiet ist befestigt. Die Hauptbefestigungsart ist Spurbahn aus Betonplatten. Lediglich 5 Wege (27%) sind in Asphalt ausgebaut worden.

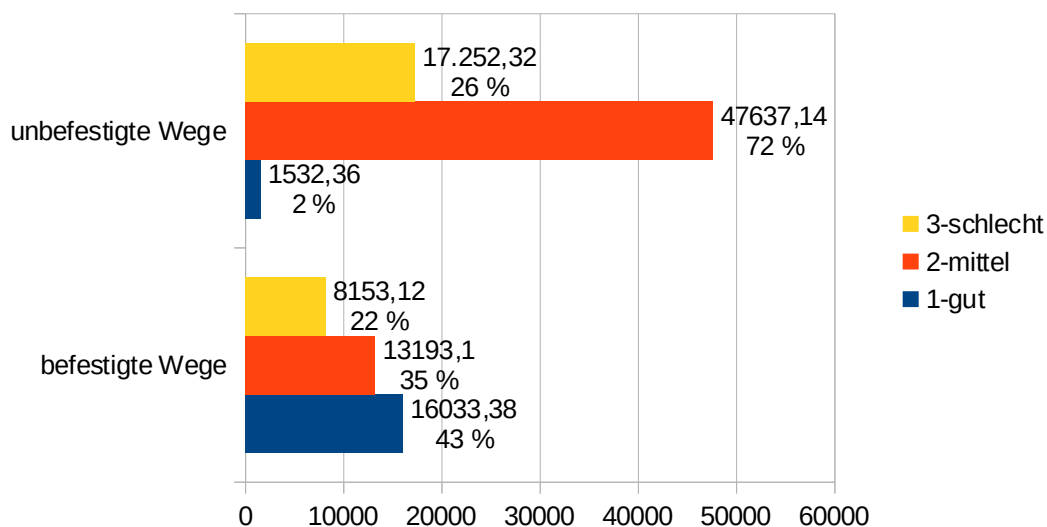


Abbildung 15: Zustand der Wege (in Meter)

Der Zustand aller Wege wurde anhand der Befahrbarkeit mit einem normalen Pkw dokumentiert. Vorstehendes Diagramm gibt eine Übersicht über die Befahrbarkeit des Wegenetzes (unterschieden in unbefestigte und befestigte Wege).

Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung im Verfahrensgebiet ist durch starke Nutzungseinschränkungen gekennzeichnet. Das Flurneuordnungsgebiet liegt nahezu vollständig im Naturschutzgebiet. Die Böden sind geprägt durch ein großflächiges Niedermoorgebiet. Eine intensive Bewirtschaftung ist nur auf wenigen Flächen im Randbereich des Flurneuordnungsverfahrens möglich.

Die Melioration und Eigentumshandlung zu DDR-Zeiten verursachte im großen Umfang Zerschneidungsschäden und Erschließungsmängel, durch Gräben und Wege auf privaten Flächen sowie ohne Rücksicht auf die Eigentumsstruktur angelegte Windschutzpflanzungen.

Die Hauptwirtschafts- und Erschließungswege im Gebiet besitzen größtenteils kein eigenes Flurstück; zahlreiche Flurstücke sind nicht erschlossen. Durch die Flurneuordnung wird versucht die Flurstücke so zu legen, dass eine künftige Erschließung über die vorhandenen Wege möglich ist.

Das Ergebnis der Blockgrenzenbildung im Neubestand berücksichtigt die Erschließung der jeweiligen Zuteilungsböcke durch Erschließungswege/-flurstücke. Bei der Definition des neuen Wegenetzes wurden sowohl die Planungen des Landesamtes für Umwelt als auch die Eigentumsstruktur im Altbestand berücksichtigt bzw. die evtl. zukünftige Änderung im Neubestand.

8.6 Kreuzungsbauwerke

Im Verfahrensgebiet befinden sich insgesamt 20 Brücken. Davon sind nur wenige in einem guten Zustand. Die Mehrheit sind befahrbar, aber in einem schlechten Zustand.

Vorhandene Grabenüberfahrten sind immer in Verbindung mit Durchlässen angelegt worden. Die Überfahrten befinden sich überwiegend in einem guten, überfahrbaren und brauchbaren Zustand.

8.7 Gewässernetz und Wasserbauliche Anlagen

Im Folgenden werden ausschließlich die Fließgewässer und wasserbaulichen Anlagen in ihrer tatsächlichen Form und ihrer technischen Funktion betrachtet.

Fließgewässer

Das gesamte Verfahrensgebiet befindet sich im Einzugsgebiet der Plane.

Der Belziger Bach (lokale Bezeichnung Fredersdorfer Bach), der Baitzer Bach und die Plane sind die drei natürlichen Hauptfließgewässer im Niederungsgebiet der Belziger Landschaftswiesen. Belziger und Baitzer Bach fließen kurz vor der nördlichen Verfahrensgrenze zusammen und münden nach ca. 300 m in die Plane. Die Plane führt das Wasser weiter in die Havel.

Innerhalb der Belziger Landschaftswiesen ist die Plane relativ stark ausgebaut, so dass sie höchstens noch als bedingt naturnah bezeichnet werden kann. Sie verläuft über weite Strecken gestreckt bis begradigt, eine Mäandrierung ist kaum vorhanden. Abschnittsweise ist an der Plane eine sehr steile Uferböschung vorhanden (LFU 2006).

Neben diesen Hauptgewässern befinden sich im Gebiet eine Vielzahl kleinerer Fließe wie bspw. Hellbach und die Temnitz. Des Weiteren ist das Gebiet mit einer Vielzahl von geradlinig verlaufenden Meliorationsgräben durchzogen.

Die Gewässer und ihre begleitenden Strukturen bieten einer Vielzahl von Arten Lebensraum. Aussagen zum ökologischen Zustand bzw. Potenzial für die WRRL- breichtspflichtigen Fließgewässer lassen sich laut 3. Bewirtschaftungszeitraum, vgl. Wasserkörpersteckbriefe wie folgt benennen (LFU Wasserwirtschaft 2024):

Tabelle 10: ökologische Zustand bzw. Potenzial (LFU Wasserwirtschaft 2024)

Name	EU-Kennung	Wasserkörper- kategorie	ökologischer Zustand/ Potenzial
Graben B-913	DERW_DEBB586382_913	künstlich	mäßig
Graben-A Freienthal-444	DERW_DEBB58638_444	künstlich	mäßig
Plane-43	DERW_DEBB586_43	natürlich	unbefriedigend
Plane-44	DERW_DEBB586_44	natürlich	unbefriedigend
Baitzer Bach	DERW_DEBB58644_445	natürlich	unbefriedigend
Belziger Bach	DERW_DEBB5864_170	natürlich	mäßig
Temnitz-173	DERW_DEBB5868_173	natürlich	unbefriedigend
Hellbach-446	DERW_DEBB58682_446	natürlich	mäßig

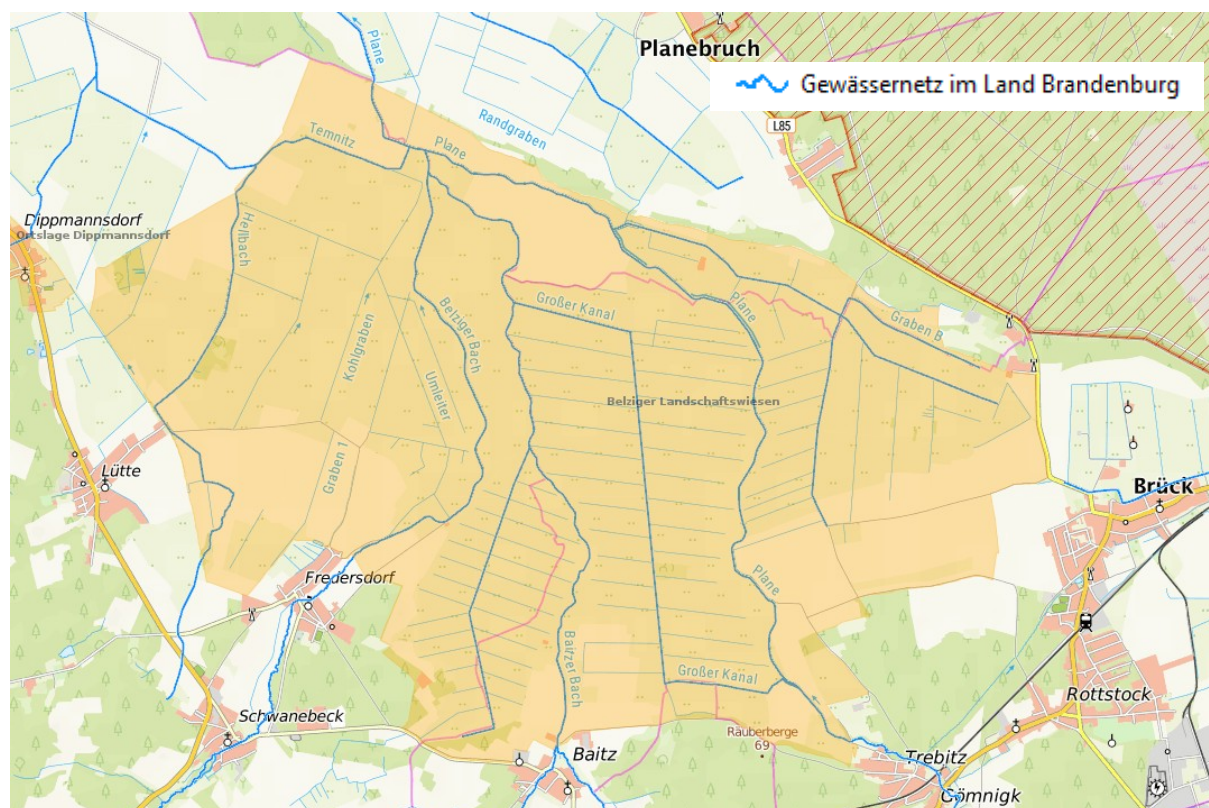


Abbildung 16: Übersicht Fließgewässer (GeoBox Viewer 2025)

Wasserbauliche Anlagen

Im Rahmen der Überarbeitung der Neugestaltungsgrundsätze im FBV „Belziger Landschaftswiesen“ fand in 08/2020 eine Begutachtung der im Verfahrensgebiet (Temnitz/ Hellbach Gebiet und A-B-C-Grabengebiet) befindlichen Stauanlagen / Durchlässe und Wehre statt. Diese wurden zuvor in Absprache mit dem zuständigen Wasser- und Bodenverband gezielt ausgesucht, da im Rahmen „Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes“ bereits umfangreiche Sanierungsarbeiten von Stauanlagen im Bereich des Großen Kanals in Planung (2020) waren bzw. 2022 abgeschlossen wurden. Die verbliebenen Anlagen befinden sich im westlichen Verfahrensgebiet im Raum Dippmannsdorf / Lütte (12 Stck.), sowie östlich zwischen Brück und Freienthal (25 Stck.). Im Mai 2023 erfolgte die Begutachtung weiterer 32 Stauanlagen im Hechtgrabengebiet. Betrachtet wurden somit insgesamt 69 Kleinstäue.

Die Komplexmelioration in den Belziger Landschaftswiesen wurde laut dem Landesamt für Umwelt in erster Linie zur Entwässerung der weichen Moorböden durch ein enges Grabensystem angelegt, um die Flächen mit größerer Technik befahren zu können und in Wechselkultur mit Acker bewirtschaften zu können. Um die Entwässerungswirkung außerhalb der Bewirtschaftungszeiten zu verringern, wurden Stäue in die Gräben und Wasserüberleitungen aus den Bächen gebaut. Somit wurde eine zweiseitige Wasserbewirtschaftung (Be- und Entwässerung) ermöglicht (LFU N5 2024).

Mit den gesellschaftlichen Umbrüchen 1990 und einer Abkehr einer kollektiven hin zur privat wirtschaftenden Landwirtschaft entstand ein Zuständigkeitsvakuum hinsichtlich der im Verfahrensgebiet befindlichen ca. 134 Kleinstäue. Das Wassergesetz des Landes Brandenburg regelte erst 2018 die Zuständigkeit für den Betrieb und die Unterhaltung der Kleinstäue, die vor 1990 überwiegend auf privatem Grund errichtet wurden.

Die Kleinstäue verfielen in den vergangenen 30 Jahren zusehends, was ein wasserwirtschaftliches „Ausbluten“ der Landschaft und somit die Beschleunigung der Moordegradierung in den Landschaftswiesen zur Folge hatte. Mit bloßem Auge ist das mittlerweile in der Grabentopographie rund um den großen Kanal hin zur Ebene erkennbar. Der Degradierungsprozess ist irreversibel, kann jedoch durch geeignete Maßnahmen stark verzögert werden. Die Belziger Landschaftswiesen stellen eines der größten Niedermoore im Land dar. Als Maßnahmen zum aktiven Moorschutz sind hier vordergründig die Wiederherstellung der Stauanlagen und Durchlässe zu sehen. Diese sind, abhängig vom Wasserdargebot einem gezielten Stauregime zu unterwerfen, welches die größtmögliche Schnittmenge für die Landwirtschaft sowie dem angestrebten Moorschutz und Trappenschutz bietet. Ziel ist, die Grabenwasserstände wieder zu erhöhen, die Grundwasserflurabstände so zu verringern und die Moordegradierung und somit die Setzung der Landschaft bestmöglich zu verzögern.

Bei der Begutachtung der o.g. 69 Kleinstäue wurde die baulichen Substanz der jeweiligen Anlage kurz eingeschätzt.

Die Kleinstäue im Hellbachgebiet sowie im ABC-Grabengebiet haben durch die unterlassenen Wartungs-/Pflegemaßnahmen in den letzten 30 Jahren rapide an Substanz verloren. Im Hechtgrabengebiet wurde in 2007 eine Rekonstruktion der dort befindlichen Anlagen durch den WBV initiiert und durchgeführt. Jedoch wurden bei der jüngst durchgeführten Begutachtung dennoch teils massive Schäden am Stahlwasserbau, den Verschlüssen (Fraßspuren Biber/Nutria, Verrottete Staubohlen etc.) sowie dem Massivbau festgestellt. Dies führt zu entsprechenden Wasserverlusten (Spaltverluste, angefressene Bohlen) und das Halten der Stauziele ist mit den Anlagen kaum mehr möglich.

In 2022 wurden zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts die bestehenden Stauanlagen im und entlang des großen Kanals rekonstruiert und teils durch vorkonfektionierte Stauanlagen in Fertigteilbauweise ersetzt. Die Sanierung der teils 60 Jahre alten Anlagen stellte sich dabei als sehr kleinteilig und im Vergleich zu den neu errichteten Anlagen als zu teuer heraus. Die Lebensdauer der auf die Weise rekonstruierten Staue konnte so um 15-20 Jahre verlängert werden.

Die Erfahrung aus dieser Maßnahme lässt zu dem Schluss kommen, dass ein Ersatzneubau der hier betrachteten Stauanlagen die wirtschaftlichere und somit nachhaltigere Lösung darstellt. Im Hinblick auf die 6 Anlagen im Hellbach muss jedoch im Vorfeld eine Differenzierung vorgenommen werden, da das Gewässer innerhalb der Zielkulisse des LfU sowie in Einklang mit der Wasserrahmenrichtlinie als ökologisch durchgängig hergestellt werden soll. Dieses Ziel kann durch einen Ersatzneubau der dort befindlichen Staue nicht erreicht werden und ist auch nicht genehmigungsfähig. Stattdessen müssen die alten Staue durch ökologisch durchgängige Sohlgleiten ersetzt werden. Die Stauhöhe ist in Abstimmung mit den, entlang des Gewässers wirtschaftenden Landwirten sowie dem LfU festzulegen und durch Modellrechnung innerhalb der Planung nachzuweisen. Mit diesen Anlagen kann Wasser effektiv zurückgehalten werden. Das verzögert die Moordegradierung, wirkt sich positiv auf den Landschaftswasserhaushalt aus und schafft zudem noch eine ökologische Durchgängigkeit des Gewässers.

Der oftmals angeprangerte Nachteil, dass Sohlgleiten nicht regulierbar sind, kann entkräftet werden, da sich seit 20 Jahren ein solches Bauwerk im Belziger Bach (lokale Bezeichnung Fredersdorfer Bach) befindet und auch hier seitens der Flächennutzer während dieser Zeit keinerlei Nutzungseinschränkungen festgestellt wurden.

8.8 Natur und Landschaft

8.8.1 Naturräumliche Gliederung

Das Verfahrensgebiet liegt naturräumlich vollständig in der Großeinheit der "Mittelbrandenburgischen Platten und Niederungen" und der Haupteinheit "Glogau-Baruther Urstromtal".

Das "Glogau-Baruther Urstromtal" ist eine 3-5 km breite Talniederung (entstanden aus eiszeitlichen Schmelzwasserabfluss), die sich am Südrand der Mittelbrandenburgischen Platten und Niederungen befindet. Große Teile dieses Tales werden von Niedermoor-, Moorerde- und Moormergelböden eingenommen. Die langgestreckte Niederung wird im Süden und Norden eingegrenzt durch höher gelegene End- und Stauchmoränen und bis an das Tal heranreichende Sanderschüttungen (SCHOLZ 1962).

8.8.2 Klima und Luft

Innerhalb der Belziger Landschaftswiesen herrscht ein kontinental geprägtes Klima. Die Jahresmitteltemperatur liegt bei 8,6 °C und die mittlere Jahresmaximumtemperatur liegt bei 33,3 °C.

Die Belziger Landschaftswiesen liegen im Regenschatten des Fläming. Der mittlere Jahresniederschlag beträgt in der Niederung ca. 546-564 mm, im benachbarten Fläming liegen die Niederschlagsmengen um ca. 100 mm höher (LUGV 2015, WIKIPEDIA 2014).

Kleinklimatisch besitzen die tiefer gelegenen Grünlandbereiche eine hohe Bedeutung als Frischluftentstehungsgebiet.

Veränderung der klimatischen Verhältnisse

Setzt sich der Trend der letzten Jahrzehnte durch, so wird sich in den kommenden 50 Jahren die jährliche Niederschlagsmenge auf unter 450 mm reduzieren. Im Nordosten und Süden des Landes sind so-

gar Werte unter 400 mm zu erwarten. Verursacht durch geringere Niederschlagsmengen und höhere Temperaturen kann mit einem Rückgang der Evapotranspiration um ca. 13 %, der Grundwasserneubildungsrate um 42 % und der Reduzierung des Gesamtabflusses um ca. 24 % gerechnet werden (GERSTENGABE ET AL. 2003 zitiert durch LUGV 2015).

8.8.3 Boden

Bestandsbeschreibung

Das Verfahrensgebiet befindet sich fast vollständig innerhalb des in der Weichseleiszeit entstandenen Baruther Urstromtales. Durch die Schmelzwässer der Weichseleiszeit haben sich Talsande abgelagert. Diese wurden zum Teil durch Moorbildung überlagert.

Die vorherrschenden Bodentypen im Verfahrensgebiet sind daher Gleye und Erdniedermoores.

Die Erdniedermoores befinden sich vor allem in den Bereichen entlang der Bäche (Belziger Bach, Baitzer Bach, Hellbach und Plane). Die angrenzenden Gleyböden sind überwiegend Humusgleye und gehen stellenweise in Anmoorgleye über.

In den südlichen Randbereichen des Verfahrensgebietes befinden sich kleinflächig Braunerden, die zum Teil vergleitet sind und in Gleybraunerden übergehen.

Ertragspotenzial

Die vorherrschende Bodenzahl im Verfahrensgebiet liegt zwischen 30 und 50. Südlich auf den Braunerden liegen die Bodenzahlen stellenweise unter 30 (LBGR 2007).

Erosionsgefährdung

Im Verfahrensgebiet ist nahezu flächendeckend eine Winderosionsgefährdung gegeben. Eine Wassererosionsgefährdung liegt nicht vor (Geobox Viewer 2025).

8.8.4 Wasser

Grundwasser

Die Grundwasserstände liegen in den tiefer gelegenen Grünlandbereichen zwischen 30 und 60 cm unter Flur. (Die Grundwasserstände liegen im Moor zeitweise auch 70-150 cm unter Flur. LFU N5 2024)

Die Grundwasserstockwerke bestehen aus einer quartären Lockergesteinsdecke. Der Grundwasserstrom verläuft in nördliche Richtung, ist aber im Bereich der Belziger Landschaftswiesen stark verlangsamt (LUGV 2017).

Die Grundwasserneubildungsrate ist auf den Grünlandflächen eher gering. Verantwortlich hierfür ist die hohe Evapotranspiration, die bei etwa 614-641 mm im Jahr liegt (LUGV 2017). Ursächlich sind die hohen Grundwasserstände auf den Niedermoorböden.

Die randlichen Ackerflächen mit einem Grundwasserstand tiefer als 1 m, besitzen hingegen eine geringere Evapotranspiration und damit höhere Grundwasserneubildungsraten.

Unter den Grünlandflächen kann aufgrund der Filterwirkung und dem geringen Stoffeintrag mit einer hohen Grundwasserqualität gerechnet werden. Gleichzeitig ist die Grundwassergefährdung in diesen Bereichen aufgrund des geringen Flurabstandes hoch. Eine geringere Grundwasserqualität ist unter den Ackerflächen zu erwarten.

Fließgewässer

siehe Kapitel 8.7

Stillgewässer

Im Verfahrensgebiet kommen nur sehr vereinzelt kleine Stillgewässer vor (östlich Dippmannsdorf sowie nördlich der Plane). Zum Teil sind sie natürlichen Ursprungs und teilweise handelt es sich um ehemalige Torfstiche.

Veränderungen der hydrologischen Verhältnisse

Aufgrund der klimatischen Veränderungen und der geänderten Landnutzungsformen sind folgende Änderungen im Abfluss zu erwarten:

- Die Verlagerung von Sommer- zu Winterniederschlägen verursacht eine Vergrößerung der innerjährlichen Abflussschwankungen. So sind eine Erhöhung der Frühjahrshochwasser und eine weitere Absenkung der Sommerniedrigwasser zu erwarten.
- Durch den erwarteten Anstieg der Durchschnittstemperatur wird eine Zunahme der potenziellen und bei vorhandenem Wasser auch der realen Evapotranspiration prognostiziert. Dies führt vor allem zu einer Verringerung der Grundwasserneubildung und daher zur Abflussminderung.
- Die Reduzierung der Grundwasserneubildung und die zu erwartende Verstärkung der Grundwassernutzung vor allem im Fläming, werden die Menge des Basisabfluss negativ beeinflussen. Dies wiederum verstärkt die Tendenz zu häufigeren Niedrigwasserabflüssen bis hin zu temporären Austrocknungen in Oberläufen der Zuflüsse.
- Aus der Überlagerung der vorangegangenen Effekte ergibt sich, dass für das GEK- Gebiet Plane-Buckau zukünftig mit häufigeren Extremhoch- oder -niedrigwassern zu rechnen ist, die den seltenen und sehr seltenen statistischen Abflusswerten (50-jährlich, 100-jährlich) entsprechen oder diese sogar übertreffen (vollständig zitiert aus dem Gewässerentwicklungskonzept Plane – Buckau -LUGV 2017).

8.8.5 Flora

Potentiell Natürliche Vegetation (PNV)/ Heutige Vegetation/ Nutzung

Durch die hohen Grundwasserstände ist Dauergrünland die typische landwirtschaftliche Nutzungsform. Um 1780 waren noch große Teile der Belziger Landschaftswiesen durch Auwälder und Erlenbrüche bewaldet. Erst die danach einsetzende Rodung ermöglichte die heute großflächige landwirtschaftliche Nutzung (HAASE ET AL. 2005).

Die natürlichen Waldgesellschaften (v. a. Erlenbruchwälder) sind nur noch fragmentarisch vorhanden. Auf den trockeneren Talsandflächen wurden die natürlich vorkommenden Kiefern-Mischwälder überwiegend durch Kiefernforste ersetzt.

Aufgrund der vorherrschenden, stark entwässerten Niedermoorböden überwiegt die landwirtschaftliche Nutzung in Form von Dauergrünland. Ackernutzung und kleinere Waldbereiche befinden sich vor allem in den Randbereichen.

Die Verteilung der Nutzungsarten im Verfahrensgebiet lässt sich wie folgt darstellen:

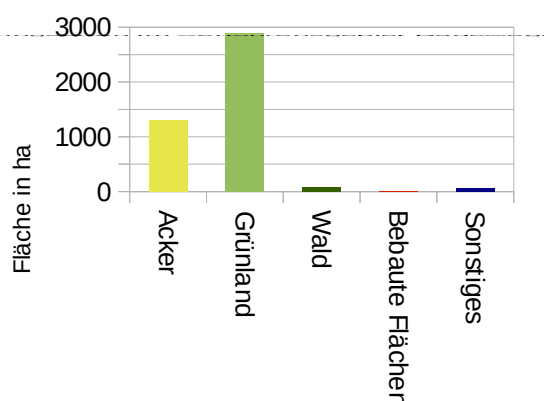


Abbildung 17: Nutzungsarten nach ATKIS Basis-DLM und vlf (2022)

Acker

Hauptsächlich in den Randbereichen des Verfahrensgebietes befindet sich intensiv bewirtschaftetes Ackerland. Die Hauptfrüchte sind verschiedene Getreidearten und Mais.

Aufgrund der intensiven Bewirtschaftung ist eine Segetalflora (Ackerbegleitflora) nur in einem sehr geringen Umfang bzw. gar nicht vorhanden.

Einige Ackerflächen (v.a. im Kernbereich des Naturschutzgebiets) sind im Vorbild der mittelalterlichen Mehrfelderwirtschaft angelegt. Auf diesen Flächen befinden sich wechselnde Streifen aus Getreide, Erbsen, Lupinen, Raps, Klee und Kartoffeln. Daraus entsteht ein Mosaik aus bestellten Äckern zusätzlich bereichert mit Rotations- und Dauerbrachen (ESCHHOLZ 1996).

Grünland sowie Ruderalfluren

Das Grünland setzt sich aus verschiedenen Wiesen- und Weidentypen zusammen. V. a. auf den Moor- und Anmoorböden dominieren artenarme Feuchtwiesen und Feuchtweiden und mit geringerem Anteil artenarme Frischwiesen und Frischweiden sowie Intensivgrasland. In den nassen bzw. überfluteten Bereichen herrschen Rohrglanzgras-Bestände bzw. Flutrasen aus Flut Schwaden (*Glyceria maxima*) vor. Weitere Wiesentypen sind Rasen-Schmielen-Queckengrasland, Rasenschmielenwiesen, Kriechhahnenfuß-Rispengrasland, Glatthaferwiesen (LFU 2006, Wikipedia 2014, vlf 2014).

Entlang der Fließgewässerufer (v. a. an den Bächen) befinden sich Seggenriede und Hochstaudenfluren.

Sandtrockenrasen

Diese Vegetationsform befindet sich auf den kleinflächigen Dünenbereichen im Süden und Norden des Verfahrensgebietes.

Wald

Naturschutzfachlich bedeutende Waldflächen sind die Brennessel-Schwarzerlenbruchwälder, die sich kleinflächig vor allem im Westen und Osten des Verfahrensgebietes befinden.

Gehölzstrukturen

Gliedernde Gehölzstrukturen in Form von Baumreihen und Hecken befinden sich hauptsächlich in den Randbereichen des Verfahrensgebietes und hier vor allem in Siedlungsnähe. Ein Großteil der linienhaften Gehölzbestände bestehen aus nicht standorttypischen Gehölzen (Hybrid-Pappeln, Eschen-Ahorn und Späte Traubenkirsche).

8.8.6 Fauna

Brutvögel

siehe Ausführungen im Kapitel 7.4 Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Die Belziger Landschaftswiesen gehörten bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts aufgrund von hohen Brutdichten des Birkhuhnes, der Großtrappe und vielen Brutvogelarten des Offenlandes zu den wertvollsten Brutvogelgebieten im Land Brandenburg.

Das Birkhuhn ist seit 1946 aus den Belziger Landschaftswiesen verschwunden. Hingegen ist die Großtrappe in den Belziger Landschaftswiesen mit derzeit mindestens 36 Individuen bzw. jährlich mind. 20 Brutplätzen noch vorhanden.

Die Brutvögel des Offenlandes, v.a. der Feuchtwiesen sind aufgrund großflächiger Meliorationsmaßnahmen stark reduziert. Die Bestände haben sich trotz großflächiger Extensivierungsmaßnahmen nicht wieder erholt. Gegenwärtige Brutvogelarten des Offen- und Halboffenlandes mit Gefährdungs- und Schutzstatus sind Großtrappe, Brachvogel, Bekassine, Wachtelkönig, Steinkauz, Braunkehlchen, Ortolan, Neuntöter und sporadisch die Sumpfohreule (LUA 2005).

An den Gewässern brüten u. a. der Eisvogel. In den Röhrichten kommt u. a. das Blaukehlchen, die Rohrweihe und der Kranich als Brutvogel vor. In den Baumreihen an der Plane brütet zudem der Schwarzspecht. Brutvorkommen des Steinkauzes sind auch bekannt, wobei es sich überwiegend um Exemplare bzw. Nachkommen aus einem Wiederansiedlungsprogramm handelt.

Rastvögel

Aufgrund der Biotopstruktur (offene, weiträumige Grünlandflächen) besitzen die Belziger Landschaftswiesen eine hohe Bedeutung für Rastvögel. Für die Rast bzw. Überwinterung wird das Gebiet v. a. genutzt von Bläß- und Saatgans, Singschwan, verschiedenen Entenarten (bspw. Pfeiff-, Krick-, Knäk- und Löffelente), Kranich, Limikolen (Goldregenpfeiffer, Kiebitz, Bekassine, Bruchwasserläufe etc.).

Ebenfalls eine hohe Bedeutung haben die Belziger Landschaftswiesen als Überwinterungsgebiet für die Kornweihe und die Sumpfohreule.

Säugetiere

Die Klasse der Säugetiere ist ebenfalls mit einem hohen Arteninventar vorhanden. Von Bedeutung sind die Vorkommen von Fischotter und Elbe-Biber entlang der Bäche, Fließe und Gräben. Ebenfalls von Bedeutung ist das Vorkommen des Wolfes. Die Belziger Landschaftswiesen gehören zum Territorium des Belziger Rudels (LfU 2022). Durch den Wolf kommt es in den Wiesen zu regelmäßigen Übergriffen auf Nutztiere.

Amphibien und Reptilien

Das Verfahrensgebiet hat aufgrund seiner Lebensraumausstattung (Fließ- und Stillgewässer, feuchte bis nasse sowie trockene und verschiedenartige Lebensraumstrukturen) eine hohe Bedeutung für Amphibien und Reptilien. Nachgewiesene Amphibienarten sind u.a. Kreuzkröte, Knoblauchkröte. Im Verfahrensgebiet vorkommende Reptilienarten sind Wald- und Zauneidechse, Ringelnatter und Kreuzotter.

Fische / Rundmäuler

Die Bäche innerhalb der Belziger Landschaftswiesen sind aufgrund ihrer Nährstoffarmut und hohen Fließgeschwindigkeit vergleichbar mit der Forellenregion der Mittelgebirge. Vorkommende Fischarten sind unter anderem Schmerle und Bachforelle.

Wirbellose

In den nährstoffarmen Bächen leben die Larven der Stein- und Eintagsfliegen (LUA 2005). Gebänderte Prachtlibelle, Gemeine Keiljungfer und Feldgrille wurden ebenfalls im Verfahrensgebiet nachgewiesen.

8.8.7 Landschaftsbild und Erholung

Das Landschaftsbild wird dominiert durch großräumige Grünlandnutzung. In den höher gelegenen Randbereichen des Verfahrensgebietes ist die Ackernutzung prägend.

Für Abwechslung und Erlebbarkeit sorgen Blänken (nasse Vertiefungen) in den tiefer gelegenen Grünlandbereichen oder eingelagerte Talsandflächen sowie kleinflächige Dünenkomplexe.

Gliedernde Elemente bilden die Fließgewässer mit Ihren begleitenden und z. T. hochwüchsigen Saumbereichen.

Störende Elemente sind v. a. die weit sichtbaren Masten der Antennenmessplätze östlich des Verfahrensgebietes sowie die abgängigen Hybridpappelreihen. Kleinräumig wirken sich einige wenige Siloanlagen (bspw. Siloanlage am Fredersdorfer und Baitzer Bach) sowie ruinöse landwirtschaftliche Bauwerke, wie alte ungenutzte Melkstände und Viehunterstände negativ auf das Landschaftsbild aus.

Um die naturschutzfachlichen Ziele des intensiv betriebenen Artenschutzes nicht zu gefährden, muss die Belastung des Gebietes durch unkontrollierten Erholungsverkehr weiterhin gelenkt und an ausgewählten Punkten konzentriert werden.

9 Defizite und Konflikte

Aus der Bestandsaufnahme und deren Bewertung ergeben sich Defizite und Konfliktbereiche. Zudem werden Erfordernisse sichtbar, die im Hinblick auf die Flurbereinigung zu berücksichtigen sind. Im Folgenden werden die Defizite und Konflikte für jeden Teilbereich zusammengefasst dargestellt.

9.1 Eigentums- und Grundstücksverhältnisse

Keine Übereinstimmung des Katasters mit der Topographie und den Bewirtschaftungseinheiten

Bei der Anlage von Wegen, Gräben und Gehölzstreifen (aus Hybrid-Pappel) in den 60er bis 80er Jahren wurden Eigentumsverhältnisse wenig bis gar nicht berücksichtigt. Landwirtschaftliche Betriebe waren gezwungen ihre Bewirtschaftung an die Lage der neuen Strukturen anzupassen. Daraus sind im Verlauf der Jahre großflächig erhebliche Katasterschäden entstanden.

Zersplitterter und missgeformter Grundbesitz

Flächen- und Nutzungstausch, Flächenverkäufe, die Anlage von Strukturen auf fremden Grund und Boden sowie eine stetige Anpassung der Bewirtschaftungsverhältnisse hat nach und nach in vielen Bereichen zu einem zersplitterten und missgeformten Grundbesitz geführt.

Erschließungsmängel durch Wege und Kreuzungsbauwerke auf fremden Grund und Boden

Speziell durch die "Nichtberücksichtigung" der Eigentumsverhältnisse bei der Anlage von Wegen ist eine durchgehende rechtliche Erschließung nicht vorhanden.

Bis auf wenige Ausnahmen (bspw. Weg am Großen Kanal, südlicher Abschnitt des Weges am C-Graben) verlaufen die Wege mehrheitlich über fremden Grund und Boden. Dadurch ist eine Unterhaltungslast durch einen öffentlichen Träger nicht gegeben.

Keine zusammenhängende Flächen für Maßnahmen des Naturschutzes (speziell Trappenschutz)

Die Großtrappe benötigt für ihren Schutz eine Vielzahl an verschiedenen Maßnahmen. Um diese Maßnahmen zielgerichtet und zusammenhängend durchführen zu können, bedarf es großer zusammenhängender Flächen im Eigentum des Landes.

Einige Flächen befinden sich bereits in Landeseigentum. Diese Eigentumsflächen liegen verstreut im Verfahrensgebiet.

Defizite unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie:

Fehlendes Eigentum in geeigneter Lage für Gewässerentwicklungsmaßnahmen und Maßnahmen des Moorschutzes

In der Machbarkeitsstudie werden verschiedene Maßnahmenvorschläge gemacht. Um diese Maßnahmen umzusetzen, fehlt die Verfügbarkeit aufgrund nicht vorhandener lagegenauer Flächen im Eigentum des Landes.

Flächenkonkurrenz aufgrund von Zielkulissen für den Moorschutz, der Gewässerentwicklung und des Trappenschutzes

Für die Vielzahl der in der Trägerschaft des LfU beabsichtigten Maßnahmen ist das bisherige Landeseigentum nicht ausreichend.

9.2 Landwirtschaft

Differenzierte Nutzungseinschränkungen der Landwirtschaft durch Vorgaben der Naturschutzgebietsverordnung

In 55 % des Verfahrensgebietes ergeben sich aus der Naturschutzgebiets-VO deutliche Nutzungseinschränkungen der Landwirtschaft. So ist z. B. nur in der Zone 1 (ca. 965 ha) der Einsatz von Dünger völlig verboten, außer Exkremate der Weidetieren. Durch die Änderung der Pflanzenschutzanwendungs-VO ist seit 2022 der Einsatz fast aller Pflanzenschutzmittel in allen deutschen Naturschutzgebieten verboten. Das LELF erteilt seitdem jedoch zahlreiche Befreiungen von diesem Verbot im NSG „Belziger Landschaftswiesen“.

Aus der Lage im Landschaftsschutzgebiet und im Naturpark ergeben sich keine zusätzlichen Nutzungseinschränkungen der Landwirtschaft.

Eingeschränkte wirtschaftliche Planbarkeit durch kurzfristige Pachtverträge

Durch das Land Brandenburg werden für die Bewirtschaftung ihrer Eigentumsflächen nur Pachtverträge mit einer relativ kurzen Dauer abgeschlossen. Für die Landwirtschaft ist daher eine verbindliche wirtschaftliche Planbarkeit nur eingeschränkt möglich.

Stellenweise Beeinträchtigung der Bewirtschaftung durch umgekippte Hybridpappeln

In den 70er und 80er Jahren wurden in den Belziger Landschaftswiesen ein Vielzahl an Hybrid-Pappel Reihen angelegt. Diese Hybridpappeln sind zum Teil überständig. Bei Starkwinden fallen diese auf angrenzende Flächen und behindern dadurch die landwirtschaftliche Nutzung. Gleiches gilt für herabfallende Starkäste.

Perspektivische Beeinträchtigung der Bewirtschaftung durch Sackung des Moorkörpers

Durch die Entwässerung des Moorkörpers wird es ohne Gegensteuerung weiterhin zu einer Sackung des Moorbodens kommen. Diese Sackung hat zur Folge, dass sich Senken bilden, die vernässen und kaum noch landwirtschaftlich nutzbar sein werden. Zudem wird die Wasserleitfähigkeit des Bodens stark eingeschränkt und Niederschlag kann kaum noch versickern, so dass weitere Flächen zeitweise vernässen. Des Weiteren werden nach der Degeneration der flachgründigen Torfböden (Veratmung) nur noch die unter dem Niedermoor befindlichen sehr armen Talsande mit sehr geringem landwirtschaftlichen Ertragspotential zur Verfügung stehen.

Defizite unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie:

Verstärkung der Nutzungseinschränkungen durch Maßnahmen aus der Machbarkeitsstudie

Die Maßnahmen aus der Machbarkeitsstudie werden weitere Einschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung mit sich führen. So werden Flächen innerhalb der Gewässerentwicklungskorridore nur äußerst beschränkt bis gar nicht nutzbar sein. Die Erhöhung der Grundwasserstände wird der Vermul-

lung des Torfkörpers zwar entgegen wirken, stellenweise werden aber temporäre Wasserblänken entstehen, die die landwirtschaftliche Nutzung weiter einschränkt.

9.3 Forstwirtschaft

Aufgrund des geringen Waldanteils im Flurbereinigungsgebiet sind keine relevanten Konflikte zu nennen. Eine Änderung der Lage bzw. Größe der Wälder wird nicht angestrebt.

Defizite unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie:

Keine

9.4 Jagd

Eigenjagdbezirke sind nach Brandenburgischem Jagdgesetz § 7 ab einer Eigentumsfläche von 150 ha möglich. Um die Eigenjagden zu erhalten, ist es erforderlich bei der Neuzuteilung des Eigentums entsprechend große Einheiten zu erhalten.

Defizite unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie:

Keine

9.5 Fischerei

Konflikte im Fischereibereich sind derzeit nicht erkennbar. Die Inhaber der Fischereirechte werden über Veränderungen an Gewässerflurstücken informiert.

Defizite unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie:

Keine

9.6 Straßen- und Wegenetz

Schlechter Zustand der Wege

Viele Wege befinden sich zum Teil in einem maroden Zustand. Die Befahrbarkeit mit einem normalen PKW ist auf einigen Abschnitten nur im begrenzten Umfang möglich. Beispielsweise sind die nördlichen, unbefestigten Abschnitte der Wege entlang des Fredersdorfer und des Baitzer Baches sowie des Hauptkanals saisonal nicht befahrbar. Aufgrund der schlechten Befahrbarkeit durch vorhandene Sackungen, Erdverschiebungen und Pfützen kommt es in einigen Abschnitten zu breiten Ausfahrungen. Beispielhaft ist hier der Weg 167/4, mit einer Breite von 5-8 m, zu nennen.

Auch befestigte Wege weisen einen schlechten Zustand auf. Aufgrund von Verschiebungen der Betonplatten sind viele dieser Wege nur sehr schlecht befahrbar. Auch auf vielen Wegeabschnitten, die mit Asphalt befestigt sind, platzt der Fahrbahnbelag auf oder brechen Kanten weg.

Eine weitere Verschlechterung der Wegezustände ist absehbar.

Besonders betroffen sind die Wege entlang des Belziger Baches, Baitzer Baches, Großen Kanals, C-Graben, A-Graben sowie die Verbindung Fredersdorf Lütte.

Keine Regelung der Unterhaltungslast

Viele Wege befinden sich auf privatem Eigentum, eine Regelung der Unterhaltungspflicht ist auf diesen Abschnitten derzeit nicht gegeben. Diese wird durch die Flurbereinigung umgesetzt.

Beschränkte Befahrbarkeit des Wegenetzes

Aufgrund der in den Belziger Landschaftswiesen lebenden störungsempfindlichen Tierarten wurde durch die NSG-Verordnung der öffentliche Verkehr und in den Zonen 1-3 jegliches Betreten verboten. Deshalb sind viele Wege in die Zonen 1-3 für den öffentlichen Verkehr durch Schranken gesperrt. Eine

touristische Nutzung des Wegenetzes durch Radverkehr ist nur beschränkt möglich (bspw. auf dem südlich gelegenen Radweg R 1).

Defizite unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie:

Wegfall von Wegeabschnitten aufgrund der Ausbildung von Gewässerentwicklungskorridoren

Laut LfU Wasserwirtschaft 2024 wird die evtl. erforderliche Ausweisung von Wegen im Rahmen der Maßnahmenumsetzung hinter der neu entstehenden Verwallung (außerhalb der Gewässerentwicklungskorridore) erfolgen.

Gefahr von weiteren Schäden am „Weg am Großen Kanal“

Aufgrund der tiefen Lage des Weges am Großen Kanal können bei entsprechenden Stauhöhen kurz- bis mittelfristig weitere Schäden am Wegekörper entstehen.

9.7 Kreuzungsbauwerke

Schlechter Zustand der Brücken

Im Hinblick auf die Erschließung ist der Zustand einiger Brückenbauwerke sehr problematisch. Auch wenn diese zur Zeit noch befahrbar sind bzw. genutzt werden, so wird der Verfall dieser Bauwerke weiter fortschreiten. Bspw. die für die Erschließung notwendigen Kreuzungsbauwerke, die aus Betonfertigteilen bestehen, weisen einen maroden Zustand auf. Weitere Brücken sind aufgrund fehlender Bodenbeläge und Geländer bereits für jeglichen Verkehr gesperrt.

Im Rahmen der Planerstellung wurden die, für die Erschließung als notwendig erachteten 13 Brücken im Verfahrensgebiet einer Begutachtung unterzogen. Anhand der Zustände wurde hier nochmals differenziert. Zwingender Handlungsbedarf besteht bei 8 Brückenbauwerken, welche konstruktionsbedingt massive Standsicherheitsprobleme aufweisen. Teilweise wurden hier auf Grund von fehlendem Material Stahlbetonträger verbaut, welche als Innenbauteile (Wohnungsbau) gedacht waren.

Durch die Exposition und sehr geringe Betondeckung (üblich für Innenbauteile) rostet die Bewehrung in den Trägern und sprengt den darüber liegenden Beton, was die Korrosionsproblematik noch verschärft. Auch die Widerlager weisen teils große Schäden auf. Hinzu kommt, dass sich die Lasten der Landmaschinen im Vergleich zur Bauzeit der Brücken massiv erhöht haben. Ein Versagen einzelner Brücken innerhalb der heute üblichen Nutzung ist somit wahrscheinlich.

Es handelt sich konkret um 3 Brücken im Baitzer Bach, 3 Brücken im Belziger Bach sowie 2 Brücken in der Plane.

Defizite unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie:

Keine

9.8 Gewässer und wasserbauliche Anlagen

Schlechter Zustand der Staubauwerke

Das Gewässernetz ist in seiner jetzigen Ausprägung und Funktion ausreichend.

Problematisch für die Regulierung des Wasserhaushaltes im Verfahrensgebiet sind die kaputten Staubauwerke. Viele Staubauwerke, lassen sich nicht mehr bedienen. Andere Staubauwerke sind nur bedingt betriebsfähig.

Viele Abschnitte des Gewässernetzes und seine wasserbaulichen Anlagen (v. a. Staubauwerke) befinden sich zum Teil auf fremden Eigentum.

Durch die vorgenannten Konflikte ist in vielen Bereichen ein abgestimmtes Wassermanagement (Stau und Abfluss) nicht mehr möglich.

Eine Ausnahme bildet hier der Bereich des Hechtgrabens. Hier wurden in den Jahren 2006 bis 2009 zahlreiche Stauanlagen saniert und die Stauhaltung wird abhängig von der Bewirtschaftbarkeit einheitlich geregelt.

Weitere 42 Stauanlagen in Bereich des Großen Kanals wurden instand gesetzt.

Defizite unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie:

Vorgeschlagene einseitige Wasserregulierung

In der Machbarkeitsstudie wird eine Stauung von mindesten 40 cm unter Flur mit festen Staulamellen vorgeschlagen. Dies wird zu Konflikten bei starken Niederschlagsereignissen führen.

9.9 Natur und Landschaft

Gefährdung der extensiv genutzten Offenlandbereiche

Die Belziger Landschaftswiesen mit ihrem weiträumig offenen Charakter sind eine durch landwirtschaftliche Nutzung entstandene Kulturlandschaft. Die hier vorkommenden Tier- und Pflanzenarten sind abhängig von einer extensiven landwirtschaftlichen Nutzung.

Aufgrund der schwierigen Marktlage ist für viele Bewirtschafter die landwirtschaftliche Nutzung am Rande der Wirtschaftlichkeit. Sollte die landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen verloren gehen, so wird sich in den folgenden Jahren eine Verbuschung / Bewaldung einstellen und wertvoller Lebensraum verloren gehen.

Verlust des Moorkörpers

Durch die Entwässerung kommt es aufgrund des Porenverlustes und Mineralisierung zu einer Schrumpfung des Torfkörpers. Der über Jahrtausende gewachsene Moorboden wird nach und nach verschwinden.

10 QUELLENVERZEICHNIS

10.1 Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Grundlagen in der jeweils aktuellen Fassung zum Stand:

Brandenburgisches Landentwicklungsgesetz (BbgLEG)

Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz (BbgNatSchAG)

Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG)

Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)

Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG)

Anweisung für die Durchführung von Flurbereinigungs-/Flurneuordnungsverfahren im Land Brandenburg (FlurnAnwBBG)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz – BbgDSchG)

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG)

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG)

Richtlinie 92 / 43 EWG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-RL)

Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für die Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik - Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Verordnung zur Festsetzung von Erhaltungszielen und Gebietsabgrenzungen für Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (Erhaltungszielverordnung – ErhZV)

10.2 Literaturverzeichnis / Stellungnahmen/ Abstimmungen

AdV – Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (2008): ATKIS Basis-DLM

BFN – Bundesamt für Naturschutz und Landschaftspflege (2014): Steckbriefe der Natura 2000 Gebiete. <http://www.bfn.de>.

BLDAM – Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege (2024): Stellungnahme zu den Neugestaltungsgrundsätzen. Zossen.

E.DIS Netz GmbH (2024): Stellungnahme zu den Neugestaltungsgrundsätzen. Falkensee.

Eschholz, Norbert (1996): "Großtrappen in den Belziger Landschaftswiesen" veröffentlicht in Zeitschrift Natur und Landschaft in Brandenburg Heft 1/2 1996 Seiten 37-40, Potsdam

Die Flussgebietsgemeinschaft Elbe (2021): Zweite Aktualisierung des Bewirtschaftungsplans nach § 83 WHG bzw. Artikel 13 der Richtlinie 2000/60/EG für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe für den Zeitraum von 2022 bis 2027

Die Flussgebietsgemeinschaft Elbe (2021): Zweite Aktualisierung des Maßnahmenprogramms nach § 83 WHG bzw. Artikel 13 der Richtlinie 2000/60/EG für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe für den Zeitraum von 2022 bis 2027

Geobox-Viewer (2025): Schutzgebiete; Erosionsgefährdung auf <https://geobox-i.de/GBV-BB/> am 15.04.2025.

Geoportal Landkreis Potsdam-Mittelmark (2025): jagdliche Hegegemeinschaften; Übersicht Radwegrouten auf <https://gis.potsdam-mittelmark.de/hyperlink/geoportal/kartenviewer/default/index.html> am 15.04.2025.

GL - Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (2024): Stellungnahme zu den Neugestaltungsgrundsätzen. Potsdam.

GL - Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (Hrsg.) (2019): Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Potsdam.

Gerstengarbe, F.-W.; Badeck, F.; Hattermann, F. et al. (2003): PIK Report No. 83: Studie zur klimatischen Entwicklung im Land Brandenburg bis 2055 und deren Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, die Forst- und Landwirtschaft sowie die Ableitung erster Perspektiven. Potsdam.

Haase, P. et al. (2005): „Das europäische Vogelschutzgebiet Unteres Rhinluch/Dreetzer See, Haveländisches Luch und Belziger Landschaftswiesen“ erschienen in Naturschutz und SCHOLZ 1997)d Landschaftspflege in Brandenburg (Heft 3 und 4). Potsdam.

LBGR – Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (2024): Stellungnahme zu den Neugestaltungsgrundsätzen. Cottbus.

LBGR – Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (Hrsg.) (2007): Bodenübersichtskarte - BÜK 300. Cottbus.

Landkreis Potsdam-Mittelmark (Hrsg.) (2006): Landschaftsrahmenplan. Bad Belzig.

LELF – Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (2014): Anordnungsbeschluss Flurbereinigungsverfahren „Belziger Landschaftswiesen“, Potsdam.

LFU – Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Brandenburger Naturlandschaften (2025): Stellungnahme zum 1. Entwurf des Wege- und Gewässerplanes. Potsdam/ OT Groß Glienicke.

LFU – Landesamt für Umwelt (2025): <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/natura-2000/managementplanung/ffh-baitzer-bach/> am 14.04.2025

LFU – Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft (2024): Stellungnahme zu den Neugestaltungsgrundsätzen. Potsdam/ OT Groß Glienicke.

LFU – Landesamt für Umwelt, N5 (2024): Stellungnahme zu den Neugestaltungsgrundsätzen. Potsdam/ OT Groß Glienicke.

LFU – Landesamt für Umwelt (2023): Auftaktveranstaltung 15.02.2023 – Managementplanungen für FFH-Gebiete. Präsentation.

LFU – Landesamt für Umwelt (2023): <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/wasser/hochwasser-schutz/hochwasserrisikomanagement/regionale-massnahmenplanung/>

LFU – Landesamt für Umwelt (2020): Machbarkeitsstudie Belziger Landschaftswiesen. Potsdam/ OT Groß Glienicke.

LFU – Landesamt für Umwelt (2006): Pflege- und Entwicklungsplan Naturpark Hoher Fläming. Potsdam/ OT Groß Glienicke.

LGB – Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (2024): Stellungnahme zu den Neugestaltungsgrundsätzen. Potsdam.

LUA -Landesumweltamt Brandenburg (2010): Landeskonzzept zur ökologischen Durchgängigkeit der Fließgewässer Brandenburgs - Ausweisung von Vorranggewässern - (Potsdam)

LUGV – Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg (2010a): Fachbeiträge des LUGV, Heft Nr. 115: Auswertung regionaler Klimamodelle für das Land Brandenburg. http://www.mugv.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.2328.de/lang_no2.pdf (22.11.2012)

LUGV – Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg (Hrsg.) (2017): Gewässerentwicklungskonzept (GEK) für das Einzugsgebiet Plane-Buckau. (Potsdam)

MLUK (2022) - Richtlinie des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der Flurbereinigung (Potsdam)

MULR – Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2000): Landschaftsprogramm Brandenburg, Potsdam.

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (2024): Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 <https://havelland-flaeming.de/regionalplan/regionalplan-3-0/>

Scholz, E. (1962): Die naturräumliche Gliederung Brandenburgs. Potsdam.

Stadt Bad Belzig (2025): Flächennutzungsplan (Entwurf 2011) auf <https://www.bad-belzig.de/seite/382427/fl%C3%A4chennutzungsplan.html> am 14.04.2025

Stadt Bad Belzig (2019): Landschaftsplan (Entwurf 2010) auf www.bad-belzig.de

Amt Brück (2025): Flächennutzungsplan auf www.amt-brueck.de am 14.04.2025

Amt Brück (2010): Landschaftsplan auf www.amt-brueck.de

Zentrale InVeKoS Datenbank (ZID) (2021)

TEIL C

ANLAGEN

Anlage 1:

Schutzgebiete- Schutzzwecke, Ziele, Maßnahmen und Verbote

Special protected Area (SPA) DE 3341-401 „Unteres Rhinluch/Dreetzer See, Havelländisches Luch und Belziger Landschaftswiesen“

Die wichtigsten Erhaltungsziele sind der Erhalt bzw. die Wiederherstellung

- charakteristischer, westbrandenbugischer Luchlandschaften als störungsarme, weitgehend offene, unzerschnittene und unverbaute Lebensräume in naturnaher Trophie (einschließlich des Luftraumes) mit mosaikartiger Nutzungsstruktur und Fruchtartenvielfalt für die vorkommenden Vogelarten, insbesondere der Großtrappe.
- Störungsarmer Schlaf- und Vorsammelplätze,
- eines für Niedermoore typischen Landschaftswasserhaushaltes mit winterlich überfluteten Flächen und im späten Frühjahr blänkenreichen, extensiv genutzten Grünlandflächen, -brachen sowie räumlich anschließenden Röhrichten,
- strukturreicher, unverbauter, störungsamer Gewässer inkl. Torf- /Tonstiche mit natürlicher Wasserstandsdynamik und mit ganzjähriger überfluteter ungemähter Verlandungs- und Röhrichtvegetation,
- von Gehölzen mit Horst- und Brutmöglichkeiten für in Brandenburg vom Aussterben bedrohte Arten sowie der Eichenalleen an Ackerstandorten. (LUA 2015)

Maßnahmenvorschläge (LUA 2015):

- Umwandlung von Saatgrasland in Dauergrünland,
- kein Wiesenumbbruch, keine Düngung und Biozideinsatz,
- Extensive Bewirtschaftung von Grünland und Feuchtwiesen (bei Beweidung maximal 1 Großvieheinheit pro Hektar), Anpassung der Bewirtschaftungstermine an die Lebensraumansprüche gefährdeter Arten und an die hydrologischen Bedingungen im Jahresverlauf,
- hohe Wasserhaltung und zeitlich begrenzte Überstauung tief liegender Bereiche,
- auf Ackerstandorten, Einführung von Rotationsbrachen (Prinzip der Dreifelderwirtschaft) und Schaffung eines Mosaiks von Dauerbrachen mit Mahd und Beweidung,
- Renaturierung der Fließgewässer.

Naturschutzgebiet (NSG) „Belziger Landschaftswiesen“

Gemäß der Verordnung über das Naturschutzgebiet vom 24. Mai 2005 wird der Schutzzweck für das Naturschutzgebiet wie folgt definiert.:

- die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung des Gebietes als Lebensraum wild lebender Pflanzengesellschaften, insbesondere nährstoffarmer artenreicher Feuchtwiesen, Glatthaferwiesen, Großseggen- und Röhrichtmooren, Sandtrockenrasen auf Binnendünen und Flechten-Kiefern-Wäldern,
- die Erhaltung und Entwicklung des Gebietes als Lebensraum wild lebender Pflanzenarten, darunter nach § 10 Abs. 2 Nr. 10 und 11 des BNatSchG besonders geschützte Arten, beispielsweise Heidenelke (*Dianthus deltoides*), Prachtnelke (*Dianthus superbus*), Körnchen-Steinbrech (*Saxifraga granulata*);
- die Erhaltung und Entwicklung des Gebietes als Lebens- beziehungsweise Rückzugsraum und potenzielles Wiederausbreitungszentrum wild lebender Tierarten, darunter Fischarten wie Gründling (*Gobio gobio*), Schmerle (*Neomacheilus barbatulus*) und Neunstachliger Stichling (*Pungitius pungitius*) und zahlreicher nach § 10 Abs. 2 Nr. 10 und Nr. 11 des BNatSchG besonders und streng geschützter Arten der Säugetiere, Vögel, Reptilien, Amphibien und Wirbellosen,
- die Erhaltung und Entwicklung des Gebietes als Brut- und Nahrungsgebiet für die Großtrappe (*Otis tarda*), die hier eines ihrer letzten Refugien in Mitteleuropa hat;

- die Erhaltung und Wiederherstellung der im Land Brandenburg sehr seltenen Ausbildung eines Durchströmungsmoores mit einem Netz naturnaher Bäche mit hoher Wasserqualität, Kleingewässern und Nassstellen;
- die Erhaltung und Entwicklung als Bestandteil eines großräumigen Biotopverbundes zwischen der Nuthe-Nieplitz-Niederung, dem Fiener Bruch, der mittleren Havel und dem Havelländischen Luch;
- die Erhaltung der besonderen Eigenart des Gebietes als Urstromtal mit randlich und innenliegenden Dünenbereichen;
- die Erhaltung aus wissenschaftlichen Gründen für eine naturschutzfachlich orientierte ökologische Forschung im Agrarraum.

Gemäß der Schutzgebietsverordnung sind verschiedene Handlungen untersagt. So ist es bspw. verboten:

- bauliche Anlagen zu errichten oder wesentlich zu verändern, auch wenn dies keiner öffentlich-rechtlichen Zulassung bedarf;
- Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrseinrichtungen sowie Leitungen anzulegen, zu verlegen oder zu verändern;

Weitere Verbote sind der Schutzgebietsverordnung zu entnehmen.

In der Schutzgebietsverordnung werden folgende Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen benannt:

- das Grünland in den Zonen 1 bis 3 soll mosaikartig mit unterschiedlichen Nutzungszeitpunkten genutzt werden, um eine Vegetations- und Strukturvielfalt zu erreichen;
- auf Grünland in den Zonen 1 bis 3 werden oberflächennahe Grundwasserstände mit Blänkenbildung bis zu folgenden Terminen angestrebt:
 - bis zum 30. April eines jeden Jahres in jeweils den in der Zone 1 liegenden Teilen der Gemarkung Fredersdorf, Flur 1 und 2 und der Gemarkung Freienthal, Flur 6 sowie in jeweils den in der Zone 3 liegenden Teilen der Gemarkung Brück, Flur 8, der Gemarkung Freienthal, Flur 6 und 7 sowie der Gemarkung Trebitz, Flur 3 und 4,
 - bis zum 30. Mai eines jeden Jahres in jeweils den in der Zone 1 liegenden Teilen der Fluren 1 und 2 der Gemarkungen Baitz und Trebitz;
- das Pflanzen und Pflegen von Einzelgehölzen, wie zum Beispiel Kopf- oder Strauchweiden, soll gefördert werden. Die Bachufer sollen abschnittsweise mit Gruppen von standortgerechten, gebietsheimischen Gehölzen (zum Beispiel Erlen, Weiden) bepflanzt werden. Hybridpappeln sollen entfernt werden;
- in ausgewählten Ackerbereichen sollen schlaglange Streifen als extensives Dauergrünland, Dauerbrachen oder Ackerrandstreifen angelegt werden;
- ursprüngliche Grünlandstandorte, die jetzt in Wechsel- oder Ackernutzung sind, sollen in Dauergrünland überführt werden;
- in den Waldbeständen auf den Dünenstandorten sollen offene Bereiche erhalten werden. Mit fremdländischen Baumarten (zum Beispiel Eschenahorn) bestockte Bestände sollen in naturnahe Bestockungen umgewandelt werden. Die Verjüngung der Waldbestände soll durch Naturverjüngung erfolgen;
- Bachläufe sollen naturnah entwickelt, beziehungsweise wiederhergestellt werden.

Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“

Gemäß der Verordnung über das genannte Landschaftsschutzgebiet ist der Schutzzweck,

- die Erhaltung und Wiederherstellung der Schönheit, Vielfalt und Eigenart einer glazial entstandenen und durch menschliche Nutzung geprägten Landschaft, insbesondere der
 - für den Hohen Fläming typischen End- und Grundmoränenlandschaft mit ausgedehnten Wäldern, Acker- und Grünland, Trockentälern (Rummeln), Söllen, den Flämingbächen, Findlingen und bewaldeten Kuppen als landschaftsbestimmende Elemente,
 - großflächigen und ungestörten Wiesen- und Weidelandschaft als charakteristische Landschaftseinheit des Baruther Urstromtales,
 - historisch geprägten Siedlungsstrukturen in ihrer Ursprünglichkeit, Eigenart und Schönheit durch Vermeidung von Landschaftszersiedlung und Landschaftszerschneidung,
 - der Alleen als landschaftliches Gliederungselement;

- die Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere
 - der Funktionsfähigkeit der Böden durch Sicherung und Förderung der natürlichen Vielfalt der Bodeneigenschaften und des Bodenlebens sowie durch den Schutz der Böden vor Degradierung, Überbauung, Abbau und Erosion,
 - der Stabilisierung des Regionalklimas als Frischluftentstehungsgebiet,
 - der Vielfalt, Ursprünglichkeit und Eigenart der Naturausstattung einer durch menschliche Nutzung geprägten Natur- und Kulturlandschaft,
 - der Funktionsfähigkeit der Gewässer und ihrer Uferbereiche sowie Quellen, Quellbäche und Teiche und ihrer Entwicklung zu naturnahen Lebensräumen,
 - der gefährdeten Vegetationseinheiten, Pflanzengesellschaften und Biotope, vor allem der naturnahen Wälder, Heidegesellschaften, Quellmoore und Feuchtwiesen,
 - der für diese Landschaft charakteristischen und an deren weitgehende Ungestörtheit gebundenen Lebensräume und Teillebensstätten für Tierarten (z.B. für Fischotter) sowie Rast-, Brut-, Balz- und Überwinterungsplätze für Wasser-, Greif- und Großvogelarten;
- die Erhaltung und Entwicklung des Gebietes in seiner weitgehenden Ungestörtheit als Ausgleichs- und Erholungsraum für eine naturorientierte und naturverträgliche Erholung im Einzugsbereich des angrenzenden Ballungsraumes Berlin und Potsdam;
- die Entwicklung des Gebietes im Hinblick auf eine nachhaltige, naturverträgliche Landnutzung.

Gemäß der Schutzgebietsverordnung sind verschiedene Handlungen untersagt. So ist es bspw. verboten bauliche Anlagen, die einer öffentlich-rechtlichen Zulassung oder Anzeige bedürfen, zu errichten oder wesentlich zu verändern;

Weitere Verbote sind der Schutzgebietsverordnung zu entnehmen.

In der Schutzgebietsverordnung werden folgende Pflege-, Entwicklungsmaßnahmen als Zielvorgabe festgelegt:

- naturnahe Grundwasserstände sollen erhalten bzw. erforderlichenfalls wiederhergestellt werden;
- die Gewässer und deren Ufer und Retentionsflächen sollen in einen naturnahen Zustand wiederhergestellt bzw. erhalten werden. An den genutzten Ufern der Gewässer soll die Einrichtung eines mindestens 5 Meter breiten extensiv genutzten Randstreifens angestrebt werden;
- die fischereiliche Nutzung soll sich am heimischen Artenspektrum und an naturnahen Populationsdichten orientieren. Es sollen Produktionsverfahren zur Anwendung kommen, die eine Eutrophierung oder andere Schädigungen der Gewässer vermeiden;
- die forstliche Bewirtschaftung soll naturnah erfolgen. Das heißt insbesondere, daß Waldumbaumaßnahmen standortgerecht erfolgen und sich die Artenzusammensetzung in den Waldgebieten künftig weitgehend an der potentiell natürlichen Vegetation orientieren soll;
- die landschaftsbildprägenden Alleen und alten Pflasterstraßen sollen in ihrer charakteristischen Ausprägung gepflegt und erhalten werden;
- die Niedermoorstandorte der Belziger Landschaftswiesen sollen zum Schutz von Lebensräumen bedrohter Tier- und Pflanzenarten und des Landschaftsbildes soweit möglich durch Regulierung des Grundwasserstandes erhalten werden. Es wird angestrebt, die mineralische Stickstoffdüngung auf 60 kg pro Hektar zu begrenzen und die Phosphat- und Kalium-Düngung auf Nährstoffersatz auf diesen Standorten auszurichten. Mikronährstoffzufuhr, vor allem Kupfer, ist anzustreben;
- Feuchtwiesen sollen durch periodische Mahd oder Beweidung und Entnahme von Gehölzen erhalten werden. Es wird angestrebt, Ackerflächen auf Niedermoorstandorten in Dauergrünland umzuwandeln. Feuchtgrünland soll extensiviert werden;
- ein Biotopverbundsystem soll durch Erhaltung und Neuanlage von Hecken, Obstgehölzen, Feld- und Ufergehölzen sowie Anlage von naturnahen Waldrändern und Feldrainen geschaffen werden;
- Freileitungen sollen aus landschaftsästhetischen Gründen und für den Vogelschutz gesichert oder verkabelt werden;
- ein naturverträglicher und naturorientierter Tourismus soll durch Lenkungsmaßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen störungsempfindlicher Arten und Lebensgemeinschaften durch Schaffung von Rad-, Reit- und Wanderwegen oder sonstigen Einrichtungen entwickelt werden. Einrichtungen zur naturkundlichen Bildung und Umwelterziehung sollen geschaffen und erhalten werden.

Naturpark „Hoher Fläming“

Zweck des Naturparks ist die Bewahrung des brandenburgischen Natur- und Kulturerbes. Im Naturpark sollen beispielhaft umweltverträgliche Nutzungsformen in Einklang mit Naturschutzanforderungen praktiziert werden. Weiterhin soll die einheitliche Pflege und Entwicklung des Gebietes für die Erhaltung und Förderung vielfältiger Lebensräume und der naturverträglichen Erholung sowie die Bewahrung und Entwicklung einer eisenzeitlich geprägten und historisch gewachsenen Kulturlandschaft erfolgen.

Der Naturpark dient insbesondere

- der Erhaltung und Förderung der landschaftlichen Eigenart und Schönheit ,
- der Erhaltung und Förderung des Hohen Fläming mit einer Vielzahl unterschiedlicher, stark miteinander verzahnter Landschaftselemente, vor allem ausgedehnter Wälder, Acker- und Grünlandflächen, Quellgebiete, Bachläufe, Sölle, Feuchtwiesen, Rummeln, Heide- und Trockenrasenflächen, Findlinge und Lesesteinhaufen,
- der Belziger Landschaftswiesen als großräumige und unzerschnittene Wiesen- und Weidelandschaft im Baruther Urstromtal sowie weiterer kulturhistorisch und landschaftsästhetisch wertvoller und vielgestaltiger Landschaftsstrukturen, vor allem typischer Dorfbilder und Alleen;
- dem Schutz und der Entwicklung naturraumtypisch ausgebildeter, vielfältiger Lebensräume mit einer Vielzahl an Tier- und Pflanzenarten;
- der Ergänzung und dem Aufbau eines Verbundsystems verschiedener miteinander vernetzter Biotope;
- dem Erhalt traditioneller und der Förderung umweltverträglicher, nachhaltiger Nutzungsformen in den Bereichen Land-, Forst-, Fischerei- und Wasserwirtschaft, Jagd sowie Erholungswesen und Fremdenverkehr;
- der Förderung von Umweltbildung und Umwelterziehung;
- der Einwerbung und dem gezielten Einsatz von Mitteln zur Pflege und Entwicklung des Gebietes aus Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union.

Pflege- und Entwicklungsplan (PEP)

Das Verfahrensgebiet liegt im nordöstlichen Teil des Naturparks Hoher Fläming, für den im Jahr 2006 vom Institut für Ökologie und Naturschutz ein Pflege- und Entwicklungsplan erarbeitet wurde. Für alle FFH-Gebiete, die innerhalb des Naturparks festgesetzt wurden, gilt der PEP nach §58 BbgNatSchG gleichzeitig als FFH-Managementplan. Der Naturpark ist für die Bearbeitung des PEP in sogenannte Planungsräume eingeteilt worden. Dabei gehören die Bereiche der Belziger Landschaftswiesen, die innerhalb des Naturparks liegen zum Planungsraum K. Die für den Planungsraum erarbeitete Pflege- und Entwicklungsplanung soll im folgenden dargestellt werden (LUGV 2014).

Das Leitbild für den Planungsraum wurde entsprechend den standörtlichen Verhältnissen auf zwei Entwicklungsziele hin differenziert. Zum einen sollen Niedermoorstandorte mit organogenen Böden durch hohe Grundwasserstände und extensive Grünlandwirtschaft zu einer Niederungslandschaft mit strukturreichen Feuchtgrünland entwickelt werden. Zum anderen sollen die höher gelegenen Bereiche mit mineralischen Böden in einem Mosaik aus Ackerflächen und extensiv genutzten Grünländern bewirtschaftet werden und weiterhin gezielte Maßnahmen zur Optimierung des Lebensraums für die Großtrappe durchgeführt werden. Die Zweiteilung des Leitbildes soll den Potenzialen des Planungsraumes für die Renaturierung eines großen Niedermoorbereiches und für die Entwicklung wertvoller Feuchtgrünlandlebensräume Rechnung tragen. Auf Grundlage dieser Entwicklungsziele wurden u. a. folgende Maßnahmen definiert:

Moore

- möglichst hohe Grundwasserstände (auch im Sommer) im südlichen Drittel östlich des Großen Kanals, im mittleren Drittel um den Großen Kanal, westlich davon sowie östlich der Plane und im nördlichen Bereich beiderseits der Plane
- Außerhalb des zentralen Bereichs möglichst hoher Grundwasserstand, der eine Beibehaltung der Nutzungsintensität erlaubt

Gewässer

- Umgestaltung des Absturzes an der Überleitung zum großen Kanal, dass die stauende Wirkung weiterhin erhalten bleibt, die Struktur aber für aquatische Organismen überwunden werden kann
- Verhinderung der strukturellen Verarmung des Baitzer Bachs sowie der Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft
- Rückbau bzw. Umgehung des Fredersdorfer Wehres, um ökologische Durchgängigkeit zu erreichen

Grünland

- Entwicklung artenreicherer Grünlandbestände z.B. durch Umsetzung der Extensivierungsvorgaben der NSG- Verordnung
- Errichtung eines Monitoringsystems, das die Entwicklung der Grünlandbestände bei einer anhaltenden extensiven Bewirtschaftung flächenscharf dokumentiert

Sandtrockenrasen und Flechten-Kiefern-Wälder auf Binnendünen

- Erhalt von kleinflächigen Sandtrockenrasen durch partielle Offenhaltung bestehender Wälder auf Binnendünenstandorten
- Auflichtung von zu dichten Kiefernbestockungen durch umfangreiche, unregelmäßige Auflichtungen
- Sukzessive Entnahme von fremdländischen Baumarten (Eschenahorn) im Zuge der Naturverjüngung der Bestände.